

unimut

ZEITUNG ^[an] DER UNI HEIDELBERG



Er kommt...

der Sommer. Und mit ihm das Geräusch von Flip Flops auf den Gängen, das Schlürfen von Eiskaffees gegen das Einschlafen in überhitzten Seminarräumen und braungebrannte Haut, die vom Studieren ablenkt. Und er kommt, der Bildungsstreik, denn die Misstände in unserem Bildungssystem kann nicht mal die Sonne überblenden. Daher finden an Uni und PH bereits fächerübergreifend die Vorbereitungen für die bundesweite Aktionswoche statt. Nachdem am 20. April mit einer Demo und anschließender Vollversammlung der heidelberger Bildungsstreiksommer eröffnet wurde (Seiten 5-9), zeigten kurze Zeit später die Romanistas und jüngst die Studis der PH, was möglich ist wenn Studierende gemeinsam für ihre Rechte kämpfen.

Traurigerweise findet zudem aus aktuellem Anlass das Thema Rassismus besondere Beachtung, sowohl wegen der Polizeiatacke auf einen Doktoranden aus Kamerun am Heidelberger Hauptbahnhof, als auch wegen der Äußerungen von Finanzminister Peer Steinbrück. Wie in jeder Ausgabe geht es auch darum schwarzweiße Denkstrukturen zu hinterfragen (Seite 18/19).

Außerdem gehen wir in dieser Ausgabe der Frage nach, wieso Aldi, McKinsey und Co. unsere Mensawände schmücken, obwohl das Studentenwerk nicht befugt ist, Geld durch Werbung einzunehmen (Seiten 2-4). Und während McKinsey sagt „Früher wurden die Ärmel hochgekrempt, daran hat sich nichts geändert.“, meinen wir: „Lieber gleich im T-Shirt rausgehen!“

Die Redaktion

Geheim:
Warum wir wirklich elite sind.
Seite 10

Die Rüstungsindustrie über
Menschenrechtsfragen:
Das Heidelberger Sicherheitsforum
Seite 14

Rektor Eitel
nimmt sich Zeit:
0,13 sec pro Studi
Seite 9

Urheberrecht:
Freier Zugang vs.
Freiheit der Kreativen
Seite 16

„Vom Werbeträger in die Köpfe: [...] ungezwungen und natürlich“

Wie die Universität der Werbeindustrie die Türen zur Zielgruppe StudentIn öffnet.

Von Nina Bust-Bartels und Janina Reibold

Im Zuge der zunehmenden Ökonomisierung unserer Gesellschaft und Kultur unterstützt die Privatwirtschaft den Staat immer mehr bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Nicht erst seit Einführung der Studiengebühren wird die Universität zur Dienstleisterin, die Studierenden zu Kunden der Ware ‚Bildung‘. Noch vor einigen Jahren hätte kommerzielle Werbung in einer öffentlichen Bildungseinrichtung einen Tabubruch dargestellt. Doch mittlerweile wird sogar die Aldi-Werbung an den Wänden der Triplex-Mensa kaum noch wahrgenommen, passt sie doch in ihrem ästhetischen Minimalismus zum Konzept der Innenausstattung der Mensa selbst. Während die UB ihre Zusammenarbeit mit Amazon nicht gerade offen zur Schau stellt, ist das Rektorat eitel genug seine Finanzspritzen von MLP überdimensional an die Neue Uni zu hängen. Die Uni wird dadurch gleichzeitig zum „kranken Kind“, das sich – von der Rabenmutter Staat vernachlässigt – unter dem Deckmantel des „lebendigen Geistes“ in der freien Wirtschaft verkaufen muss.

Aldi und O₂ für die „Förderung der Studierenden“ unvermeidbar?

13 Uhr, Triplex Mensa. Nach langem Anstehen endlich etwas zu Essen ergattert und dazu noch einen der schönen Plätze am Fenster bekommen, unten, wo es noch etwas ruhiger ist. Gedankenverlorenes in-die-Luft-Starren, die Diskussion des letzten Seminars noch im Ohr, die gehörten Argumente abwägend, bildet sich eine autonome Meinung heraus. Und plötzlich wie aus dem Nichts: das Bedürfnis Einkaufen zu gehen – bei Aldi. Moment mal, wo kommt das denn her, ich gehe doch eigentlich nie zu Aldi...

„Lernen, diskutieren, Meinungen austauschen, Freunde treffen – nirgendwo passiert das komprimierter als in den modernen Bildungseinrichtungen. [...] Umgeben von Freunden, mit denen sich die Zielgruppe austauscht, über neue Trends redet und wo Meinungen gebildet und absorbiert werden. Hier hat Ihre Marke mit Ihrer Botschaft die Chance, vom Werbeträger in die Köpfe zu wandern und von dort weiter in die Gespräche der Zielgruppe, wo sie Teil der Meinungsbildung wird. Ungezwungen und natürlich. Hier lernen Botschaften zu reden.“

So präsentiert sich die Firma United Ambient Media AG im Internet. Das Unternehmen ist darauf spezialisiert, die Werbung ihrer Kunden zielgruppengerecht zu platzieren. Für das Unternehmen Aldi scheint die Zielgruppe StudentIn interessant. Laut der United Ambient Media AG sind Studierende...

„Meinungsführer, sie streben nach beruflichem Erfolg und einer hohen Gehaltsklasse. Das vorhandene Einkommen dient nicht nur der Finanzierung des Studiums, sondern wird ebenso in Sport, Kleidung, Reisen, Entertainment und Partys investiert.“



In den optimal positionierten Plakatrahmen der Triplex Mensa sowie der Mensa im Neuenheimer Feld platziert United Ambient Media die Werbung ihrer Kunden. Doch wer bekommt die Einnahmen aus der zur Verfügungstellung der Mensawände? Ist doch das Studentenwerk ein Zweckbetrieb, also ein wirtschaftlich ausgerichteter Teilbereich einer gemeinnützigen Einrichtung. Das Studentenwerk ist laut §65 der Abgabenordnung nur befugt, ein Werbeverhältnis einzugehen, wenn die Kooperation mit den Werbepartnern für die Erfüllung des Zwecks der Gemeinnützigkeit „unvermeidbar“ ist. Dem Studentenwerk obliegt nach dem Gesetz „die soziale Betreuung und Förderung der Studierenden“. Wieso hierfür Aldi, O2, McKinsey, Boston Consulting & Co „unvermeidbar“ sind, ist nicht mal dem Studentenwerk selbst klar, denn die Auswahl der Werbekunden erfolgt ohne Einflussnahme des Studentenwerks durch die bereits erwähnte Firma United Ambient Media: ethisch-moralische Grundsätze, die den gemeinnützigen Zielen des Studentenwerks entsprechen würden, sucht man hier vergeblich.

Als Gegenleistung für den begehrten Zugang zur Zielgruppe StudentIn „beteiligt sich die Firma United Ambient Media an den Herstellungskosten für Campus HD und an den Produktionskosten der CampusCard“, so jedenfalls das Studentenwerk gegenüber dem UNiMUT.

Das mag vielleicht wenig erscheinen, jedoch erhält das Studentenwerk von Versicherungen wie zum Bei-



Seit Juli 2007 bietet HEIDI eine zusätzliche Serviceleistung für literatursuchende Studierende: Neben den gewöhnlichen Informationen zu Autor, Titel und Standort wird dem Benutzer nun eine Abbildung des Buchcovers in Farbe präsentiert. Schon wollten wir die Verschwendung von Studiengebühren durch das Einscannen von sämtlichen 6,02 Millionen Titelseiten der UB anprangern und dem diese sinnfreie Tätigkeit verrichtenden Menschen unser Mitleid aussprechen, doch weit gefehlt: Dem investigativ veranlagten Studierenden öffnet sich unerwartet mit dem „Klick“ auf das Cover die Welt der Internetbuchhandlung Amazon.

Hintergrund für die Kooperation zwischen der UB Heidelberg und Amazon Deutschland ist das neu erwachte Selbstverständnis der UB als Dienstleisterin für die zahlenden Studierenden. In ihrem Wettbewerbseifer im Zuge der Exzellenzinitiative möchte die UB den

spiel der AOK und der Reiseagentur STAtavel keinerlei Gegenleistung für die zur Bereitstellung ganzer Werbestände direkt im Eingangsbereich der Hauptmensen. Die Beratung Studierender sei hier eine Serviceleistung dieser Unternehmen, so das Studentenwerk. Die Frage weshalb gerade diese Unternehmen für Gesundheits- und Versicherungsberatung sowie für Reiseplanungsberatung ausgewählt wurden, konnte oder wollte das Studentenwerk nicht beantworten.

Zwar können auch studentische Initiativen einen der begehrten Werbeteile bekommen, dies erfordert allerdings das Durchlaufen eines bürokratischen Verfahrens, das von langer Hand geplant werden sollte. Auch ist es bei Betrachtung der zahlreichen in den Mensen angebrachten Verbotsschilder nicht ersichtlich, dass das „STOPP – Keine Werbung“, das bei Strafandrohung verbietet in den Räumen des Studentenwerks zu werben, nicht für studentische Initiativen gilt. Denn prinzipiell haben die Studierenden laut dem Studentenwerk „jederzeit die Möglichkeit, kostenlos zu plakatieren“. Das Studentenwerk schließt jedoch explizit „politische und religiöse Gruppen“ von diesen Möglichkeiten aus. Wer bereits einmal die schmerzliche Erfahrung erleiden musste, beim nicht ordnungsgemäß angemeldeten Flyerverteilen unsanft aus der Mensa befördert zu werden, weiß: Die Räume des Studentenwerks sind kein Raum für studentische Interessenvertretung.

Es würde der „sozialen Betreuung und Förderung der Studierenden“ entsprechen, die Möglichkeiten für studentische Initiativen für ihre Sache zu werben unkompliziert zu gestalten. Einen der begehrten Werbeteile im Eingangsbereich dauerhaft zum Beispiel für hochschulpolitische Informationen oder den Verkauf von Theaterkarten zu nutzen, könnte eine Rückbesinnung auf die gemeinnützigen Ziele des Studentenwerks einleiten. Dann könnte das Studentenwerk in seinem nächsten Jahresbericht auch mit der „Förderung der Studierenden“ werben und müsste sich nicht auf das Herauskehren einer Umsatzsteigerung von 26% gegenüber dem Vorjahr beschränken.

Das PR-Büro des Studentenwerks steht für derartige Anregungen sicher gerne zur Verfügung.

Studierenden „die Detailinformationen zu den einzelnen Titeln im Onlinekatalog so differenziert und informativ wie nur möglich“ anbieten. Für die zur Verfügungstellung des farbigen Titelbildes – das Sahnehäubchen der Detailinformation – sei Amazon „allen anderen Anbietern voraus“.

Dies erklärt jedoch noch nicht, warum die Abbildung des Titelblattes gar keine Abbildung ist, sondern in Wirklichkeit ein Link auf amazon.de, von dessen Existenz der Benutzer erst durch den „Klick“ darauf erfährt

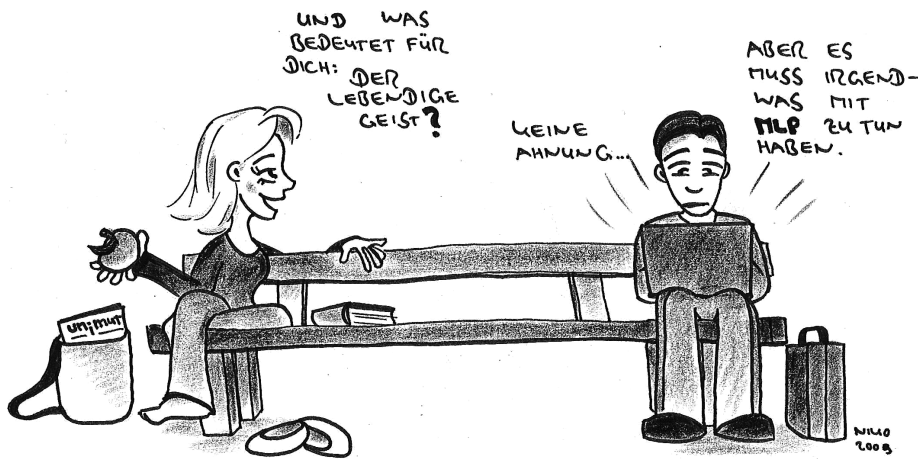
Man könnte meinen, dies sei Werbung, gerade weil der ahnungslose Kunde nicht gefragt wird, ob er die Seite von Amazon besuchen möchte. Während der durchschnittliche Internetbesucher mit Aussicht auf den Gewinn einer Traumreise zum „Klick“ getrieben wird, wird in Zeiten personalisierter Werbung im Internet der nach Literatur lechzende Akademiker durch den Anblick des Buchcovers verführt.

Aber schon wieder weit gefehlt: zwar klingelt, ähnlich wie bei Traumreise-in-Aussicht-stellenden-Internetanbietern, auch bei der UB die Kasse, doch gehe es der UB „nicht um eine Werbung für Amazon, sondern um eine Anreicherung des Katalogs mit dem Cover des Buches“. Der „sehr kleine vierstellige Betrag“ den die UB im Jahr von Amazon für die Zusammenarbeit überwiesen bekommt, ist im Vergleich zu den Summen, die Amazon sicherlich aus der Kooperation zieht, nicht der Rede wert.

Die UB investiert die Zuwendungen von Amazon direkt in die Anschaffung neuer Literatur, die zum Glück (noch nicht) über Amazon läuft. Generell lehnt die UB Werbung in ihren Räumlichkeiten explizit ab: Es bleibt die Hoffnung, dass die serviceleistungsorientierte Einbindung von Amazon in das Katalogsystem der UB nicht der erste Schritt ist, den Grundsatz einer werbungsfreien UB über Bord zu werfen. Nach Aussage der UB ist mit derartigen Entwicklungen jedoch nicht zu rechnen.

Geist durch Glanz?

„mit einer renovierten Fassade, mit modernisierten Hörsälen für den lebendigen Geist“ – unterstützt von MLP



„Die globalisierte Welt stellt Universitäten vor gewaltige Herausforderungen. Es gilt, Antworten zu finden auf die drängenden und komplexen Fragen der Zukunft. „Lebendiger Geist“ ist hierbei gefordert wie noch nie.“ so Rektor Eitel auf der Internetseite der Initiative Lebendiger Geist 2011+.

Man sollte meinen, es handle sich hierbei um Themen wie Frieden, Gerechtigkeit, den Austausch der Kulturen, andere Geschlechterverhältnisse oder Ressourcennachhaltigkeit... Doch die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung universitärer Bildungseinrichtungen findet hier keinen Eingang. Liest man weiter, so wird schnell deutlich, Ziel der Reflexion über den Lebendigen Geist ist es, die neue Uni „mit einer renovierten Fassade, mit modernisierten Hörsälen, kurz, mit einem Standard, der einer exzellenten Universität würdig ist“ wieder der Zukunft zuzuwenden.

Die Initiative besitzt jedoch auch eine inhaltlich ausgerichtete Komponente. Am 16. Mai fand unter dem Titel „Feuerwerk der Sinne“ die erste inhaltliche Veranstaltung der Initiative Lebendiger Geist 2011+ statt. In einer „Wissensshow“ wurde dem Publikum Wissenschaft zum Anfassen präsentiert. Es zerbrachen sich Rektor und Oberbürgermeister gemeinsam den Kopf: „Was ist eine magische Flamme? Kann eine Gurke leuchten?“

Die Kosten für die Sanierung des Hörsaalgebäudes werden sich auf mindestens acht Mio. Euro zur Unterstützung belaufen. Das Land stellt drei Mio. Euro Unterstützung in Aussicht, wenn der Restbetrag durch die Universität Heidelberg bzw. durch Sponsoren aufgewendet wird. Nach einer großzügigen Beteiligung Manfred Lautenschlägers, Mitbegründer des Finanzdienstleisters MLP, fehlen nun noch 3,5 Millionen. Die Initiative Lebendiger Geist 2011+ hat den Auftrag, die Wirtschaft zu motivieren sich finanziell zu engagieren. Neuer Glanz also für die Neue Universität – und das fördert den „lebendigen Geist“?

Für die Verbesserung des äußerlichen Erscheinungs-

centralen Sponsor der Renovierungskampagne, den Finanzdienstleister MLP, verwiesen. Die Marschollek, Lautenschläger und Partner AG (MLP) ist in ihrer Selbstdarstellung „der führende unabhängige Finanz- und Vermögensberater für Akademiker und andere anspruchsvolle Kunden“. Der Zugang zur von MLP bevorzugten Zielgruppe StudentIn beziehungsweise AkademikerIn gestaltet sich hier optimal. Wie auch die Werbung in anderen Teilen der Uni fließt die Werbebotschaft unterbewusst in den Alltag der Studierenden ein. Im Gegensatz zu der bei Studentenwerk und UB geschalteten Werbung, profitiert die Uni, zumindest in ihrer materiellen Existenz, deutlich von der Zusammenarbeit mit MLP. Eine Reflexion über die gesellschaftliche Verantwortung öffentlicher Bildungseinrichtungen in Bezug auf die mit ihnen kooperierenden Unternehmen findet jedoch nicht statt. Scheint doch insbesondere nach den Erkenntnissen aus der aktuellen Finanzkrise die ethische Kompetenz von Finanzdienstleistungsunternehmen fragwürdig.

Nachdem im Juristischen Seminar bereits ein Hörsaal den Namen seines Unterstützers Manfred Lautenschläger trägt, bleibt nun abzuwarten ob der Hörsaal 13 der Neuen Uni, dem sich der MLP-Mitbegründer finanziell zuwenden möchte, in Zukunft Lautenschlägerhörsaal genannt wird.

Doch hiermit nicht genug, Manfred Lautenschläger bekräftigt: „Man sollte die Verantwortung, die einem auferlegt ist, wahrnehmen und alle Möglichkeiten, die man finanziell hat, nutzen, um zu helfen.“ Mit Gesamterlösen der MLP von 125,5 Millionen Euro im ersten Quartal 2009 scheinen die Möglichkeiten des Manfred Lautenschläger bei weitem nicht ausgeschöpft – vielleicht bekommen wir ja demnächst eine Lauti-Mensa und eine Manni-Bibliothek... Die Worte des Heidelberger VWL-Professors Paul Kirchhof: „Geld ist geprägte Freiheit“, scheinen zumindest in Bezug auf die Freiheit der Namensgebung für öffentliche Räume zuzutreffen.

bildes des Gebäudes wirbt an der Außenfassade ein überdimensionales Plakat mit dem „Lebendigen Geist“. Doch was hat eine Renovierung mit Geist, oder gar mit Lebendigkeit zu tun?

Auf diesem – inzwischen fast zum Bild der Uni gehörenden – Plakat wird deutlich auf den zentralen



Hat nach mehreren Farbbombenangriffen bereits an Glanz eingebüßt: Das Plakat der Kampagne an der Neuen Uni

Lehre und Kommunikation?

Prorektor gewinnt „völlig neue Ideen“

Wie man in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 05.05.2009 lesen konnte, ist Prorektor Pfeiffer besonders gerne bei der Heidelberger Gruppe des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zu Gast. Grund: Er gewinnt bei Gesprächen mit dem RCDS nach eigenen Angaben „völlig neue“ Ideen. So wurde er vom RCDS zum Beispiel auf die Semesterticket-Problematik oder die Möglichkeit einer „Multifunktionskarte“ hingewiesen.

Was anscheinend sowohl an Herrn Pfeiffer als auch am RCDS völlig vorbeigegangen ist: Beide Themen sind nicht neu, erst recht nicht „völlig neu“.

So verhandeln Fachschaftskonferenz (FSK) und Studentenwerk bereits seit fast einem Jahr über die Weiterführung des Semestertickets. Dass das Rektorat in Form des Rektors höchstpersönlich an den Verhandlungen beteiligt ist, da er als Vorsitzender des Verwaltungsrats des Studentenwerks den Vertrag mit dem VRN letztlich unterzeichnen muss, scheint bis zu seinem Stellvertreter Pfeiffer nicht durchgedrungen zu sein. Wer hieraus einen Mangel an Kommunikationskompetenz ableiten möchte, liegt selbstverständlich falsch, gibt es doch immerhin einen eigenen Prorektor für Kommunikation, Herrn Pfeiffer selbst.

Die Anregungen des RCDS zum Thema Semesterticket, „Kontakt mit Nachbaruniversitäten“ in Karlsruhe und Mannheim aufzunehmen zeigt, dass auch das Zusammentreffen von Pfeiffer und RCDS keine Sachkompetenz in diesem Bereich generieren konnte. Eingeweihte wissen nämlich: Ein Semesterticket über mehrere Verkehrsverbünde hinweg (VRN und KVV) ist bereits mehrfach gescheitert und in der aktuellen Situation nicht erreichbar. Sowohl KVV als auch VRN haben entsprechende Anfragen bereits kategorisch abgelehnt.

Es bleibt der Kontakt nach Mannheim. Auch hier zeigt sich, dass sich keine der beiden Seiten vorab informiert hat: Das Studentenwerk Mannheim hat dem vom VRN vorgelegten Vertragswerk bereits in vollem Umfang zugestimmt. Alle Versuche der Heidelberger Seite, auf die Universität Mannheim einzuwirken, um gemeinsam den Druck auf den VRN zu erhöhen, wurden von der Mannheimer Universitätsleitung abgewiesen.

Dennoch haben sich FSK und Studentenwerk Heidelberg bislang geweigert, dem Vertragswerk ebenfalls zuzustimmen und massive Verbesserungsforderungen übermittelt. Dass ein von der FSK eingebrachter Antrag an die Stadt Heidelberg auf Unterstützung bei den Verhandlungen - die Stadt stellt eine nicht geringe Anzahl an Stimmen im zuständigen Entscheidungsgremium des VRN - ausgerechnet vom Oberbürgermeister und der CDU-Fraktion abgelehnt wurde, macht die Vorschläge des RCDS nur noch unglaubwürdiger.

Auch beim zweiten angesprochenen Punkt, der „Multifunktionskarte“, gibt sich der RCDS in bekannt ahnungsloser Manier. Die Planungen zu einer neuen Chipkarte laufen bereits seit Langem und der erste Schritt ist mit der Einführung der Uni-ID für Neumatrikulierte bereits vollzogen. Die weitere Planung sieht vor, auch den Studierendenausweis auf die Uni-ID zu übertragen (mit Lichtbild), die entsprechenden Verhandlungen der Beteiligten (URZ, UB, Studentenwerk, Studierende, MitarbeiterInnen, Datenschutzbeauftragte, etc.) sind so gut wie abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt von der Multifunktionskarte als „völlig neuer Idee“ zu sprechen, legt die Vermutung nahe, dass Prof. Pfeiffer weder im Bereich „Kommunikation“ noch im Bereich „Lehre und studentische Angelegenheiten“ einen Schwerpunkt seiner Arbeit sieht. Wo der Arbeitsschwerpunkt des „Prorektors für Kommunikation und Lehre“ [und ehemals: „studentische Angelegenheiten“ - dieser Zusatz wurde aber vor kurzem kommentarlos gestrichen] stattdessen liegt, ist zumindest uns unklar. Eventuell weiß aber der RCDS Genaueres.

von Walter I. Schönlein

Heidelberg auf dem Weg zum Bildungsstreik

Heidelberg erlebt in diesen Wochen den Beginn eines heißen Sommers.

Die Studentinnen und Studenten überraschen mit starker politischer Aktivität. Kraftvolle Demonstrationen – die meisten spontan und unangemeldet – und Flashmobs auf den Straßen, Organisationsplena und Diskussionsveranstaltungen in den Hörsälen und Besetzungen: In der Geburtsstadt der Bildungsstreik-Idee ist die Zeit der politischen Lethargie der Studierenden offenbar vorbei.

Foto: Sebastián Sternthal



Dass bei der Erstbegrüßung auch die Kritische Initiative die Erstsemester auf ihre Weise an der Uni willkommen heißt, sind die Ordinarien langsam gewohnt. Zunächst ging Prorektor Pfeiffer in seiner Ansprache zunächst auf das geplante „Bullshit-Bingo“ ein und setzte dies somit ungewohnt geschickt außer Gefecht. Schließlich erfüllte er aber doch noch seine Rolle als empörter Professor, als seine Rede durch einen Boxkampf zwischen „Anne Schavan“ und der freien Bildung im Kängurukostüm unterbrochen wurde. Soweit der Beginn eines ganz normalen Semesters, hätte man meinen können.

Mit einem K.O.-Sieg der freien Bildung durch den bundesweiten Bildungsstreik hatte das Theaterspiel geendet. In der Tat begann der Auftakt des Bildungsstreiks in Heidelberg erfolversprechend. Durch eine Info-Demo, so der Gedanke des regionalen Organisatorenbündnisses, sollten MitstreiterInnen an den Unis und Schulen gewonnen und informiert werden. Ebenso wollte man die Bevölkerung über die Probleme im Bildungswesen und den für Juni geplanten Bildungsstreik in Kenntnis setzen, mit dem Studis gemeinsam mit Dozierenden, Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrenden und weiteren sozialen Gruppen für ein fortschrittliches Bildungssystem kämpfen wollen. Dafür zogen schließlich mehr Leute durch die Hauptstraße als bei den Studidemos der letzten Jahre.

Angemeldet über das Montagsbündnis gegen Sozialabbau und Hartz IV lief die Demonstration mit Musik und lauten Sprechchören vom Bismarckplatz zur Neuen Uni, wo direkt zur Vollversammlung geladen wurde. Hier diskutierten die Anwesenden heiß über die Probleme an und um Schule und Hochschule, und wie man an diese herangehen könnte. Umfassendere Themen wie die Bologna-Umsetzung sorgten ebenso für Unmut wie lokale Probleme wie etwa die eventuelle Abschaffung des Semestertickets ab dem Wintersemester. Als Grundproblem sahen dabei die Studierenden: Ihre Stimme verhallt meist ungehört oder wird mit schönen Reden abgewiegelt. Die Juniwoche des Bildungsstreiks soll daher genutzt werden, um nachdrücklicher als bisher auf Missstände aufmerksam zu machen und eigene Vorstellungen von Bildung und Mitbestimmung durchzusetzen.



„...als seine Rede durch einen Boxkampf zwischen ‚Anne Schavan‘ und der freien Bildung im Kängurukostüm unterbrochen wurde.“

Druck machen – Die Romanistas machen's vor

Wie man dies tun kann, schienen zunächst die Kommilitoninnen und Kommilitonen im Romanischen Seminar vorzumachen. Die Studienbedingungen in der Seminargasse waren unerträglich geworden und zugesagte Hochschuldozenturen wurden nun doch nicht geschaffen. Die Vollversammlung am Seminar beschloss daher, das Seminar zu besetzen. Vom Bildungsstreik hatten sie bisher nicht viel mitbekommen und auch dass das International Students Movement gerade zu einer „Global Week of Action“ aufgerufen hatte, war ihnen nicht bekannt. So reagierten die Romanisten überrascht auf eine Solidaritätserklärung der Unibesetzung in Zagreb und eine Soli-Erklärung des bundesweit bildungspolitisch aktiven Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) schlugen sie gleich ganz aus. Doch die Botschaft war klar: So geht es nicht weiter, der Institutsbetrieb ist unterbrochen bis sich etwas tut. Dabei trafen ganz unterschiedliche Menschen aufeinander und machten interessante Erfahrungen miteinander. Skurrile Szenen spielten sich ab zwischen Dankbarkeit der Romanisten um Unterstützung und Misstrauen gegenüber „Externen“ aus Angst vereinnahmt zu werden. Die aus Freiburg angereiste Unterstützung staunte nicht schlecht, als ihr Soli-Banner abgehängt wurde, weil „was mit Studiengebühren“ drauf stand. „Es geht hier nur um das Romanische Seminar“ war ein geflügeltes Wort zu Beginn der Besetzung.

Wichtig war den Aktiven vor allem ein gutes Gesprächsklima mit den Professoren. Das führte sogar so weit, dass es am ersten Morgen ein üppiges Kuchenbuffet gab – aber nur für Lehrkräfte, wie auf einem Transparent zu lesen war – die Besetzer und ihre Unterstützer mussten sich indes anderweitig um ihr Frühstück kümmern.

Zahlreiche Studis arbeiteten oft bis tief in die Nacht daran, die Probleme zu analysieren und – zunächst alleine und dann mit den Dozenten – an Lösungen zu feilen. Erst mit der Zeit wurde klar, dass die Missstände nicht nur hausintern geregelt werden können. Nun wurde der Schulterchluss mit anderen Fachschaften gesucht, zwischenzeitlich kam sogar die Idee auf, sich mit Romanistik-Fachschaften aus anderen Unis zu vernetzen. Nach einem als positiv empfundenen Gespräch mit der Institutsleitung und den Dozenten beschloss das Plenum schließlich die Besetzung nach dreieinhalb Tagen auszusetzen – die hausinternen Forderungen schienen von den Profs weitgehend akzeptiert, nun galt es das Gespräch mit dem Rektorat zu finden.



Nicht nur ein lieber Bildungsstreik

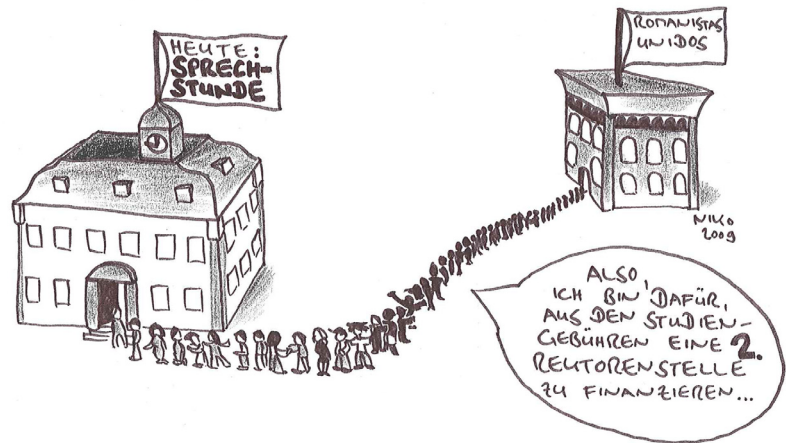
Während also im besetzten Seminar wild diskutiert oder im Garten gechillt wurde, verlief auch die Global Action Week weiterhin interessant. Nach einem Flashmob, bei dem etwa 80 Personen um die Bildung, symbolisiert durch ein großes Buch, stritten und bei einer wilden Verfolgungsjagd durch die Hauptstraße versehentlich sogar die Presse abhängten, zog es zahlreiche Interessierte in den Hörsaal 15 der Neuen Uni, wo das Forum für kritische Theorie und Wissenschaft zur Podiumsdiskussion geladen hatte. „Sollen Hochschullehrer auf die Barrikaden gehen?“ wollte Moderator Friedemann Vogel von den drei Diskutanten wissen, die eine spannende Zusammensetzung bildeten.

Der Berliner Politik-Professor Peter Grottian, der selbst zum Bildungsstreik aufruft, erklärte, dass sich gerade Professoren mehr Freiheiten zum Protest herausnehmen könnten, als sie sich oft trauen. Disziplinarverfahren seien „ein höchst pädagogisches Mittel.“ Daher sollten gerade Hochschullehrer ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen und sich in die Bewegung einbringen. An die Adresse der Studierenden appellierte er: „Das darf nicht nur ein lieber Bildungsstreik werden.“ Sonst laufe er allzu sehr Gefahr, wie die meisten bisherigen Proteste zwar positiv aufgenommen aber in seiner Konsequenz ignoriert zu werden.

Der Mainzer Theologie-Ex-Professor Marius Reiser hingegen wird sich nicht mehr an den Protesten beteiligen. Er hat genug. Zu Beginn des Jahres hatte er mit einem offenen Brief seine Professur niedergelegt, weil er die derzeitige Umstrukturierung der Universität für derart verfehlt hält, dass er seinen Bildungsauftrag nicht mehr wahrnehmen kann. „Ich bin draußen“ sagte er mit einer Mischung aus Erleichterung und Frustration. Dennoch beteiligt er sich an der öffentlichen Diskussion, und das mit vollem Temperament. Während man es eher gewohnt ist, dass sich Profs auf einem Podium wütende Zwischenrufe von Studierenden anhören müssen, war es hier beinahe umgekehrt. Als ein junger Mann im Publikum sagt, die Probleme wären nur Kinderkrankheiten des Bologna-Prozesses, fährt Reiser empört in die Höhe und schreit heraus: „Das ist doch blanker Zynismus!“

Der ehemalige Rektor und Jura-Professor Peter Hommelhoff konnte sich ebenfalls nicht auf dem Stuhl halten. Als er zu reden beginnt, eilt er zum Rednerpult – „Ich bin diesen Hörsaal gewohnt.“ Dann lobt er die Möglichkeiten der Mitbestimmung an der Uni und verweist auf das nach seiner Ansicht gute Gesprächsklima in den Senatssitzungen. Moderator und ehemaliges Senatsmitglied Vogel schaut entgeistert, als gerade er ihm das bestätigen soll. Er verzichtet aber auf einen Ausruf à la Reiser. Dann holt Hommelhoff aus: „Sie werden mich jetzt wahrscheinlich mit Eiern bewerfen, aber ich halte die Studiengebühren für den größten Se-

gen für die Universität seit dreißig Jahren!“ Das Publikum kann sich kaum entscheiden zwischen empörten Aufschreien und lautem Lachen. Die Eier bleiben noch aus. Die Realität der Bachelorstudiengänge hält aber auch Hommelhoff für katastrophal. Zusammen mit einem anwesenden Jurastudenten will er nun den Profs am Juristischen Seminar den Bildungsstreik vorstellen und sie zur Unterstützung bewegen.



Keine Lösung für das „Problemchen“ Romanistik

Die darauffolgende Woche verläuft ruhiger. Dennoch bleibt es vor allem um die Romanistik spannend. Das Gespräch mit Rektor Eitel im Seminar verläuft allerdings enttäuschend. Gut vorbereitet gehen dreizehn im Plenum gewählte Vertreter der Studierenden zusammen mit einigen Dozenten und Profs in die „Verhandlungen“. Wieder haben sie bis in die späten Stunden an Forderungen gefeilt, gehen mit hohen Ansprüchen an sich selbst heran: „Wenn wir irgendetwas Falsches sagen, dann ist es vorbei, wir dürfen uns nicht blamieren.“ Obwohl weder die Schuld noch die Verantwortung für die miserablen Zustände bei ihnen liegt, geben sich die Studierenden größte Mühe, die Lösung dafür zu erarbeiten. Das Ergebnis aus dem Rektor-Gespräch ist zunächst ernüchternd. Eitel gibt die Verantwortung für das „Problemchen“ dem Institut selbst oder der Tatsache, dass der Universität kein Geld zur Verfügung steht. Rektor einer Uni – „das heißt Mangelverwaltung“. Etwas unbeholfen und wenig diplomatisch gibt er zu erkennen, dass ihm die Anliegen der Studierenden im Romanischen Seminar nicht so wichtig sind wie diese das gerne hätten. Und er rät von Druck von unten ab – mitreden ja, aber nicht zu laut. Sonst mache er das alleine und „verschlanke“ einfach ein paar Studiengänge. Unzufrieden lassen die Studierenden den Rektor ziehen. Zum Festhalten im Gebäude im Stil der neuen französischen Protestform „Bossnapping“ kommt es entgegen vorheriger Überlegungen nicht.

Stattdessen wollen die Romanisten nun versuchen, für Druck von oben zu sorgen. Sie bekommen die Info, dass am nächsten Tag Wissenschaftsminister Frankenberg zu Besuch im Kurpfälzischen Hof ist und wollen die Gelegenheit nutzen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Bevor er das Hotel betreten kann, wird er um ein Gespräch gebeten. Etwas irritiert, aber professionell diplomatisch und verständnisvoll antwortet er auf die Hilfesuche der Romanisten. Wurde der Urvater der Studiengebühren bei seinem letzten Besuch in Heidelberg von den Studierenden noch mit wütenden Schmähungen und Papierkugeln beworfen, wusste er dieses Mal kaum wie ihm geschah: Mit Klatschen und Jubel verabschiedeten die anwesenden Romanisten den Politiker, der sich schlauer aus der Affäre gezogen hatte als der Rektor – man könnte Eitel zugute halten, dass er wenigstens ehrlich war.

Die anwesenden Nicht-Romanisten, die eigentlich gegen Studiengebühren und Frankenbergs Bildungspolitik protestieren wollten, zunächst aber den Romanisten den Vortritt ließen, waren wenig begeistert und fühlten sich nun ihrerseits vereinnahmt.

Die darauffolgenden Wochen waren geprägt von scheinbarer Ruhe und viel Hintergrundarbeit. Die nach der Vollversammlung stark vergrößerte Organisationsgruppe des Bildungsstreiks feilte an Forderungen und überlegte, wie man die Dozenten besser einbinden könnte, die Studierenden am Romanischen Seminar bereiteten sich auf die Budgetierungsverhandlungen im Mai vor, auf die sie getröstet worden waren, und einigen schien das riesige Werbeplakat der MLP an der Neuen Uni derart auf den lebendigen Geist zu gehen, dass sie versuchten, es mit Farbbomben zu entstellen – allerdings mehr den Boden als das Transparent in Mitleidenschaft zogen.

Ein Institut nach dem anderen – von Kunstgeschichte bis Medizin – beschäftigte sich mit dem Projekt Bildungsstreik, überlegte im Rahmen der Fachschaften oder neu gegründeten Gruppen, wie es sich beteiligen könnte und wollte, und hielt Vollversammlungen ab.

Als sich Anfang Mai auch an der PH ein Arbeitskreis bildete und für den 19. Mai zur Vollversammlung aufrief, ahnten die Aktiven noch nicht, wie passend sich dieses Datum herausstellte. Denn morgens titelte die RNZ: „Die Pädagogische Hochschule ist pleite.“ So kamen zu den zeitgleichen Vollversammlungen in der alten und neuen PH mehr Leute, als die größten verfügbaren Räume aufnehmen konnten. Den PH-Studierenden, denen die Lage im Bildungswesen gerade deutlich vor Augen geführt wurde, diskutierten heiß – und formierten sich schließlich spontan zur größten Demo, die das romantische Heidelberg in den letzten Jahren erlebt hat.

„Wir können nicht erst vier Wochen bis zum Juni warten – lasst uns jetzt was machen!“ forderte ein Student im Hörsaal der neuen PH. Eine halbe Stunde später zogen etwa 1500 Studierende über die alte PH zum Bismarckplatz und von dort zum Uniplatz. Obwohl Eitel – der sich in diesem Augenblick bei den Budgetierungsverhandlungen in der Romanistik befand – nicht Rektor dieser Studierenden ist, ließ sich die Alte Uni von einem Polizeibus und einigen Beamten verbarrikadieren und schloss die immer offenen Türen. Es scheint wie ein Schulseingeständnis – offenbar gibt es Gründe, die das Rektorat einen Besuch wütender Studierender fürchten lässt.

Die PHler zogen aber erstmal weiter zum Rathaus, von wo aus einige zum Campus Camp im Neuenheimer Feld zurückliefen, um Arbeitsgruppen zu bilden und zu diskutieren, wie es weitergehen sollte. Insgesamt war die Demo ein bemerkenswertes Ereignis. Ohne Anmeldung zogen weit mehr Menschen durch die Straße, als dies sonst bei lange beworbenen Demonstrationen der Fall gewesen war. Die spontane Entschlossenheit der PHlerInnen beeindruckte manchen Uni-Studierenden und überraschte Kommilitoninnen und Kommilitonen beim Mittagessen oder am Schreibtisch, von wo sie mit lautstarken Sprechchören auf die Straße geholt wurden. Die Polizei verhielt sich so, wie man es sich für immer wünschen würde – ohne die Demonstrierenden zu belästigen regelte sie den Verkehr und half, einen flexiblen Ablauf der Demo zu ermöglichen.



„Ein Institut nach dem anderen – von Kunstgeschichte bis Medizin – beschäftigte sich mit dem Projekt Bildungsstreik“



Feindbild Eitel?

Für die Romanisten bedeutete jener Tag jedoch einen vorläufigen Tiefpunkt ihres Engagements. Trotz all der intensiven inhaltlichen und konstruktiven Arbeit über die Wochen ergaben die Budgetierungsverhandlungen mit Eitel das, was Außenstehende bereits gefürchtet hatten. Eitel kürzte und strich Studiengänge, verschärfte die Zulassungsbedingungen und schob den Rest der Verantwortung dem Institut zu. Von den sechs benötigten und geforderten Planstellen gibt es nun keine einzige. Die „Verschlankung“ hatte also längst fest gestanden. Zwar verkaufte sich der Rektor dieses Mal besser vor Presse und den Studierenden, doch dieses Mal begriffen die Studis, was ihnen da aufgetischt wurde. Eitel lobte den Protest als richtig und angemessen in seiner Form – was ihn wohl unwirksam machte. Frustriert gingen die erfolgsgewohnten RomanistInnen nach Hause, nur noch wenige versuchten Eitel noch mal zu erwischen, der aber war, nachdem er der RNZ seine Beschönigungen unterbreitet hatte, bereits weg.

Das leicht greifbare Feindbild Eitel – Buhmann bis in die Bild-Zeitung – blieb, da halfen ihm auch nicht die Grüße, die er vom neuen Studi-Liebling Frankenberg überbringen durfte. Dass er der einzige Verantwortliche für die Problematik am Romanischen Seminar ist, bezweifeln jedoch mittlerweile auch einige Romanisten. Nach der zwischenzeitlich entstandenen Idee, die gesamte Neuphilologie in den Streik zu stürzen, diskutieren die Romanisten nun die Möglichkeit, dass die Minderbewertung der Geisteswissenschaften Ursache an der Misere sein könnte und wollen sich daher stärker mit anderen Fachbereichen vernetzen. Bei der Vollversammlung des Philosophischen Seminars am 28.05. zur Vorbereitung des Bildungsstreiks war ein Gesandter der Romanistik zugegen. Die Philosophen planen bereits die Besetzung ihres Seminars in der Aktionswoche - in enger Zusammenarbeit mit der Romanistik.

In ganz Deutschland laufen die letzten Vorbereitungen für einen heißen Sommer – Heidelberg ist schon mitten drin.

jz

„Im post-kolonialen Afrika hat das Prinzip ‚one man, one vote‘ auch zu Chaos geführt“

Über die mysteriösen Zeichen des Bernhard Eitel

„Es gilt, Antworten zu finden auf die drängenden und komplexen Fragen der Zukunft. „Lebendiger Geist“ ist hierbei gefordert wie noch nie.“ Unser Rektor Bernhard Eitel macht sich Gedanken um die Zukunft. Schön. Auch schön, dass er dabei mit den Studierenden „ins Gespräch kommen“ will. In einer Sprechstunde sollten Rektor und „die Studierenden“ zusammenkommen. Per Massenmail unterrichtete Eitel am 8. April die Studierenden: „Die Sprechstunde findet in diesem Sommersemester am Dienstag, 16. April 2009, von 13:30-14:30 in meinen Büroräumen in der Alten Universität statt.“ Man beachte die Abweichung von der ansonsten im akademischen Bereich üblichen Verwendung des Wörtchens „Sprechstunde“: die Sprechstunde findet nicht dienstags statt, sie findet an einem Dienstag, am 16. April, statt. Und zwar genau von 13.30 bis 14.30. Das ist aber eigentlich egal, denn einen Dienstag, den 16. April, gibt es 2009 gar nicht. Vielleicht meint der Rektor Donnerstag, den 16. April, oder Dienstag, den 14. April. Oder er meint es gar nicht ernst, aber dann hätte er die Mail am 1. April geschrieben... wie aber zu zeigen sein wird, ist es eigentlich völlig egal, wann die Sprechstunde stattfindet: der Rektor hat den Studierenden ein Zeichen gegeben und dies gilt es zu deuten.

Rechnerisch hätte der Rektor also - wir gehen abgerundet nach Eigenangaben der Universität Heidelberg von 27.600 Studierenden aus - also um die 0,002 Minuten oder 0,13 Sekunden pro Studi für ein Gespräch gehabt. Unter „Gespräch“ wollen wir im Folgenden, um eine allgemein akzeptierte Definition zu verwenden, „eine begrenzte Folge von sprachlichen Äußerungen, die dialogisch ausgerichtet ist und eine thematische Orientierung aufweist“, verstehen. Nimmt man „Gespräch“ als Textsorte ernst und geht auch davon aus, dass Eitel, der studierte Germanist, der gerne auf seine sehr guten Leistungen im 1. Staatsexamen verweist, es auch ernst meint, hätte er in seine Sprechstunde dann kaum mehr als acht Studierende empfangen können. Lässt man die Begrüßungs- und Abschiedsfloskeln weg, vielleicht um die 10 Studierende. Und selbst, wenn man von sehr einsilbigen Gesprächen ausgeht, wäre er nie auf über 20 Gespräche kommen - es sei denn, er ließe auch noch die thematische Orientierung weg. Aber so gut kennen wir Eitel, dass er mehr als „Ich Rektor - Du Studi“ sagen will. Glaubte der Rektor nun, dass nur so wenige Studierende mit ihm reden wollen? oder wollte er nur mit so wenigen reden? Auf jeden Fall konnte Eitel nur mit einigen wenigen Studierenden und nicht mit den Studierenden ins Gespräch kommen. Wozu also eine Massenmail? Und warum sollten eigentlich ein paar Studierende zum Rektor in eine Sprechstunde kommen?

Diese Fragen bleiben wohl auch nach der Studierenden-Sprechstunde (die übrigens am Donnerstag den 16. April tatsächlich stattfand) offen. Die Studierenden, die in der Sprechstunde ihre Anliegen aufgegriffen sehen wollten bekamen lediglich fünf Minuten um ihrem Rektor die Chance zu geben „ihren Anliegen nachzugehen“. Und das, obwohl der Rektor auf Grund des übermäßigen Ansturms sogar die Sprechstunde um 30 Minuten (also um 50%!!) verlängerte, so dass insgesamt 16 Studierende in den Genuss des Dialogs kamen. Darüber hinaus schien Bernhard Eitel jedoch nicht an einer Intensivierung der Beziehung zu den Studierenden gelegen zu sein.

Auf die Frage nach einer institutionalisierten Form des Aufgreifens studentischer Anliegen, spricht der Wiedereinführung Verfasster Studierendenschaften, wie sie in anderen Bundesländern üblich sind, antwortete Eitel dem Jura-Studenten Viktor Kilinski „im post-kolonialen Afrika hat das Prinzip „one man, one vote“ auch zu Chaos geführt“. Um auch alle letzten Zweifel aus dem Weg zu räumen, wieso die Frage nach demokratischer Mitbestimmung der Studierenden an der Uni nicht des Diskutierens würdig ist, erläuterte Eitel den Sachverhalt weiter „In meiner fünfköpfigen Familie können auch nicht alle mitreden.“ Ob der Rektor auch etwas aus den kurzen, jedoch sicherlich intensiven Gesprächen mit den Studierenden mitgenommen hat, bleibt, wie so vieles, unklar...



Warum sind wir elite?

Die größten wissenschaftsfördernden Einrichtungen müssen keine Rechenschaft über die Kriterien zur Auswahl der Elite-Universitäten ablegen. Milliarden im Zuge der Exzellenzinitiative werden hinter verschlossener „Vereins“-Tür vergeben.

„Unterliegen die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Wissenschaftsrat dem Informationsfreiheitsgesetz?“ Mit dieser Frage wendete sich ein Bundesbürger 2006/2007 an den Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Der Petent hatte zuvor sowohl bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) als auch beim Wissenschaftsrat – jene zwei Organe, die entschieden haben, welche Universitäten sich „Elite“ nennen dürfen und welche nicht – Zugang zu Informationen über die Durchführung der Exzellenzinitiative gesucht. Beide Stellen hatten ihm jedoch eine entsprechende Auskunft verweigert.

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) dient der Transparenz behördlicher Entscheidungen und sichert jedem Bürger das Recht auf freien und voraussetzungslosen Zugang zu den Akten, Unterlagen und Informationen der Verwaltung. Das im Jahre 2005 verabschiedete Gesetz wurde angesichts der ständig wachsenden Informationsmacht des Staates ins Leben gerufen und dient der Teilhabe am demokratischen Prozess sowie der Kontrolle der Staatsverwaltung. Sieht ein Bundesbürger sein Recht auf Informationszugang nach dem IFG verletzt, so kann er den Bundesbeauftragten für Informationsfreiheit einschalten.

Die Exzellenzinitiative scheint ein ebensolcher Fall zu sein. Milliarden von öffentlichen Geldern werden zur Förderung einer ausgewählten Gruppe von Universitäten verwendet, während die restlichen Universitäten leer ausgehen. Die Frage, nach welchen Kriterien entschieden wurde, welche Universitäten sich den Titel „Elite“ auf die Fahne schreiben dürfen, liegt bei der enormen Summe, um die es neben dem begehrten Titel geht, auf der Hand. Doch eben diese Kriterien werden von den Entscheidungsträgern geheimgehalten.

Der Bundesbeauftragte für Informationsfreiheit begründete diese Auskunftsverweigerung folgendermaßen: „Die DFG ist aufgrund ihrer privatrechtlichen Organisationsform als eingetragener Verein keine Behörde und auch keine sonstige Bundeseinrichtung“, beim Wissenschaftsrat handele es sich um ein »eingesetztes

Beratungsgremium, das keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt«. Beide Institutionen unterliegen somit rein rechtlich nicht der Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern entsprechend des Informationsfreiheitsgesetzes. Die Begründung des Bundesbeauftragten ist (scheinbar) einfach: die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist ein eingetragener Verein – so wie jeder Fußball- oder Schachclub – und der Wissenschaftsrat hat lediglich beratenden Funktion. Das wirkt auf den ersten Blick etwas absurd, weil jener Verein, genannt DFG, die hoheitliche Aufgabe der Wissenschaftsförderung für die Bundesrepublik Deutschland erfüllt – gleichzeitig aber von jener rechtlich durch das Vereinsmodell »nicht mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet« wird und »keine Aufgaben der öffentlichen Verwaltung« wahrnehme, so die Begründung des Bundesbeauftragten weiter.

Diese privatrechtliche Organisationsform ist jedoch ein rechtlicher Kniff, der es dem Bund ermöglicht, öffentliche Gelder zu verteilen, ohne Einblick in die Vergabekriterien zu gewähren – zu dem der Staat nach dem Informationsfreiheitsgesetz verpflichtet wäre. Die DFG als eingetragener Verein muss einzig dem Finanzamt gegenüber Rechenschaft ablegen: jedoch nur bezüglich ihrer Ein- und Ausgaben; alle internen Entscheidungen – wie die Auswahlkriterien der Elite-Universitäten – müssen nicht offen gelegt werden.

Diese rechtliche Organisationsform, wie sie der Bund für seine Wissenschaftsförderung gewählt hat, unterläuft systematisch das Recht jedes Bürgers auf Informationszugang und hintergeht somit seine eigenen Gesetze. Dieses Vorgehen erinnert an jenes der USA, die für gesetzeswidrige Handlungen der Regierung das Modell: Guantánamo entwickelt haben.

Nach welchen Kriterien Entscheidungen hinter der verschlossenen „Vereins“-Tür der DFG getroffen werden, wird also bewusst geheim gehalten. Die Vermutung, dass dabei nicht alles mit rechten Dingen zugeht, legt diese auf Intransparenz hin ausgelegte Rechtsform, zumindest nahe.

Auszug auf dem Informationsfreiheitsgesetz:

„Der Zugang zur Information und die Transparenz behördlicher Entscheidungen ist eine wichtige Voraussetzung für die effektive Wahrnehmung von Bürgerrechten. Dies gilt angesichts der wachsenden Informationsmacht des Staates heute mehr denn je. Lebendige Demokratie verlangt, dass die Bürger die Aktivitäten des Staates kritisch begleiten, sich mit ihnen auseinandersetzen und versuchen, auf sie Einfluss zu nehmen. [...] Das Informationsfreiheitsgesetz ist daher notwendig, um entsprechend innerstaatlichen, europäischen und internationalen Tendenzen die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger durch eine Verbesserung der Informationszugangsrechte zu stärken.“

jr

Semesterticket: Wie geht's weiter?

Seit nunmehr gut einem Jahr verhandeln VertreterInnen der Fachschaftskonferenz (FSK) und des Studentenwerkes mit dem VRN über einen neuen Vertrag zum Semesterticket.

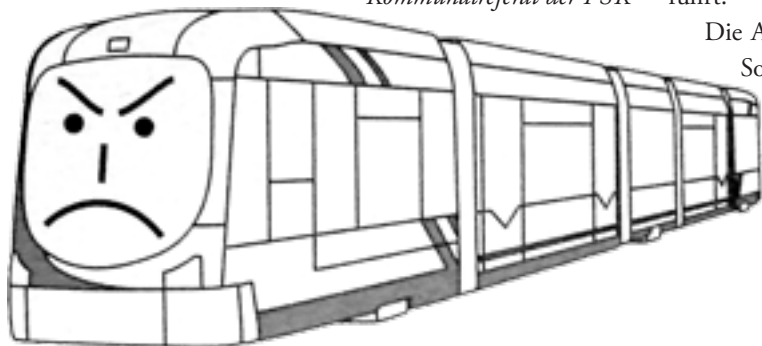
Die FSK lehnt das aktuelle Angebot des VRN ab und hält zudem eine Fortführung in der bisherigen Ausgestaltung aufgrund des hohen Kaufpreises für wenig sinnvoll. Der Ticketpreis soll demnach ab dem WS 09/10 127€ betragen und um jährlich bis zu 11€ steigen. Darüber hinaus ist eine Erhöhung des solidarischen Sockelbeitrages auf 22,50€ vorgesehen. Eine Diskussion über alternative Ticketmodelle wird vom VRN abgelehnt oder mit überzogenen Preisvorstellungen im Keim erstickt. Die Studierendenvertretung sieht ein schleichendes Ende des Tickets in naher Zukunft, sollen sich die Verantwortlichen beim Verkehrsverbund und den kommunalen Trägern nicht bewegen.

Das Studentenwerk Mannheim hat dem vorliegenden Angebot bereits im Dezember zugestimmt, was die Verhandlungsmöglichkeiten für Heidelberg deutlich eingeschränkt hat. „Die Mannheimer Vertretung hat sich jedoch zusichern lassen, dass sie in den Genuss der Heidelberger Konditionen kommen, falls unsere Bemühungen Früchte tragen!“ so Mario Bott vom Kommunalreferat der FSK. „Bereits 2004 bei den Verhandlungen zum aktuell gültigen Vertrag hatte Mannheim mit einem unkritischen Schnellschuss gegläntzt und den anderen Hochschulen die Verhandlungen erschwert.“

Um der Blockadehaltung des Verkehrsverbund zu begegnen, hat die FSK gemeinsam mit dem Studentenwerk eine Umfrage unter allen Studierenden durchgeführt. Eine Woche lang wurden vor den Mensen von FachschaftshelferInnen Umfragebögen verteilt und über den aktuellen Stand informiert. Das angepeilte Quorum der Umfrage von 2000 teilnehmenden Studierenden wurde deutlich überschritten. Sobald die Ergebnisse der Umfrage feststehen, werden FSK und Studentenwerk mit Nachdruck eine bessere Zukunft für das Semesterticket einfordern. Parallel wird die FSK gemeinsam mit VertreterInnen landesweiter Hochschulen zusammentreffen um alternative Ticketmodelle zu erarbeiten.

Die Ergebnisse der Umfrage, sowie weitere aktuelle Informationen zum Semesterticket sind auf www.fsk.uni-heidelberg.de zu finden.

Kommunalreferat der FSK



Bedeutet unentgeltlich auch nicht-gebührenpflichtig?

Am 29. April 2009 wurde vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die vom Asta der Uni Paderborn eingereichte Musterklage gegen das Studiengebührengesetz Nordrhein-Westfalens verhandelt. Die Klage stützt sich auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt), der nach seiner Unterzeichnung 1973 in ein Bundesgesetz verwandelt worden ist. Demnach würde ein Erfolg der Klage auch die Studiengebührengesetze der anderen Bundesländer kippen.

Der UN-Sozialpakt schreibt im Paragraphen 13 unter Punkt (2) „Die Vertragsstaaten erkennen an, daß im Hinblick auf die volle Verwirklichung dieses Rechts“ (c) „der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muß“.

Das Bundesverwaltungsgericht wies die Klage in letzter Instanz ab und entschied damit, dass „Unentgeltlichkeit“ nicht gleichbedeutend mit „nicht-Gebührenpflichtigkeit“ ist. In der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts heißt es, „der nordrhein-westfälische Gesetzgeber war sich der Problematik bewusst, dass allgemeinen Studienabgaben grundsätzlich eine abschreckende bzw. verdrängende Wirkung im Hinblick auf Studienberechtigte aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten und bildungsfernen Elternhäusern zukommen kann. Zur Vermeidung dieses Effekts hat er insbesondere den Anspruch auf Gewährung eines Studienbeitragsdarlehens vorgesehen.“

Unabhängig von der Frage der juristischen Auslegung der „Unentgeltlichkeit“ ging das Gericht in der Begründung nicht auf die im UN-Sozialpakt geforderte Chancengleichheit der Bildungszugangsmöglichkeiten ein, im Gegenteil, es bescheinigte der Studiengebühr explizit eine „abschreckende Wirkung.“ Die Diskussion wird somit verlagert auf die Frage nach der sozialverträglichen Ausgestaltung der Gebühren. Diese soll durch den Anspruch auf ein Studienbeitragsdarlehen gewährleistet werden. Die jüngst veröffentlichte HIS-Studie belegte, dass trotz des Anspruchs auf ein Darlehen zwischen 6.000 und 18.000 Studienberechtigte des Jahrgangs 2006 sich auf Grund von Studiengebühren gegen ein Studium entscheiden.

„Sozialverträgliche“ Gebühren sind eine beschönigende Umschreibung einer sozial belastenden staatlichen Maßnahme. Notwendig wären in Anbetracht der unter anderen von der UN bemängelten Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem vielmehr sozial förderliche Maßnahmen, um mehr Chancengleichheit bei der Aufnahme eines Studiums zu erreichen.

In der Argumentation des Gerichts wird die Einführung von Gebühren, die zu sozialen Barrieren bei der Studienaufnahme führen, als rechtmäßig angesehen. Es geht vielmehr um die Frage nach der Grenze der Zumutbarkeit der Belastungen. So heißt es weiter: „Das Recht auf chancengleiche Teilhabe an den staatlichen Ausbildungsressourcen fordert jedoch nicht, dass Erschwernisse, die mit der Erhebung von Studienabgaben verbunden sind, durch soziale Begleitmaßnahmen vollständig kompensiert werden. Diese Maßnahmen müssen nur hinreichend sicher verhindern, dass die Abgabenerhebung zu unüberwindlichen sozialen Barrieren für die Aufnahme oder die Weiterführung eines Studiums bzw. zu einer sozialen Unverträglichkeit führt.“

Die Argumentation des Gerichts bezieht sich bemerkenswert wenig auf die im Sozialpakt formulierten Verpflichtungen und greift stattdessen auf die Argumentationslogik der „sozialen Verträglichkeit“ von Studiengebühren des nordrhein-westfälischen Innovationsministeriums zurück. Die Entscheidung ist vielmehr ein politisches Urteil als eine Überprüfung des Gesetzes in Bezug auf seine Vereinbarkeit mit Bundesrecht.

nbb

Politik von der Laien

fung profilieren – und liefert den Beweis, dass sich die Bevölkerung doch nicht alles verkaufen lässt. Innerhalb von drei Tagen erreicht die Online-Petition die nötige Anzahl an Unterstützern von 50 000 – ein Rekord. Das stimmt hoffnungsvoll. Und dieser Hoffnungsschimmer ist bitter nötig, denn bei den Ministerien scheint jede Hoffnung verloren. Dass die Mehrheit im Bundestag für ein Zensur-Gesetz stimmt, das nicht nur einer freiheitlichen Demokratie unwürdig sondern überdies auch noch ungeeignet ist – und damit nichtig, man darf sich auf den ewigen Retter Bundesverfassungsgericht freuen – lässt einem nur noch entsetzt den Kopf schütteln. Mit einer Sperre für Kinderpornoseiten, die jeder auf durchaus einfache Art und Weise umgehen kann, lässt sich diese Widerwärtigkeit nun wirklich nicht bekämpfen. Doch die Verantwortlichen haben jeden Bezug zur Realität verloren. Technologeminister (!) Zu Guttenberg denkt er kann bei diesem NPD-Lieblingsthema auch noch ein paar Stimmen fangen und zeigt sich angesichts der Petition empört, dass es Menschen gebe, die sich gegen die Bekämpfung von Kinderpornografie wenden – man kommt aus dem Kopfschütteln nicht mehr heraus angesichts dieser Mixtur aus Unkennt-

Familienministerin Von der Leyen will sich durch Kinderpornobekämpfung

nis, Ignoranz und Verleumdung. Von der Leyen ist der Überzeugung, die Sperre könnten nur 20% der Internetnutzer umgehen, und das seien „zum Teil schwer Pädokriminelle“. Wie bitte? „Wenigstens kommt jetzt niemand mehr aus Versehen auf solche Seiten.“ Schon mal aus Versehen auf einer Kinderpornoseite gewesen?

Schlimm ist, es ist kein Einzelfall, dass Politiker mit Technologien und Phänomenen, die erst nach ihrer Jugendzeit auftauchen, heillos überfordert sind. Man betrachte etwa das geplante Paintballverbot, mit dem verantwortungslose Politiker Amokläufen vorzubeugen glauben... Schlimm ist auch, dass auf dem Rücken der Missbrauchopfer Wahlkampf gemacht wird, während wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderpornographie ausbleiben – man hat ja schließlich schon was getan.

yz

Der Sachverhalt ist einfach und schnell zusammengefasst: Finanzminister Peer Steinbrück kündigte beim EU-Finanzministertreffen in Brüssel am 5. Mai 2009 an, dass er „selbstverständlich Luxemburg, Liechtenstein, die Schweiz, Österreich und Ouagadougou“ zur Berliner Steuerkonferenz im Juni einladen werde. Die Aussage war als Provokation an die genannten europäischen Staaten gerichtet, die im Verdacht stehen, Steuerhinterziehung zu unterstützen und so wurde sie verstanden. Von Seiten der nationalen und internationalen Kollegen Steinbrücks, besonders aus den betroffenen Ländern, wurde Kritik an seinen Provokationen laut. Besonders der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker zeigte sich empört und sagte, er „verlange Respekt für Luxemburg“. Einhellig wurde die Aussage als Beleidigung der Nachbarstaaten Deutschlands aufgefasst, da dieser Vergleich absolut nicht angebracht sei. Vereinzelt bekam Steinbrück aber auch verbale Unterstützung von der Art, dass es schließlich um ein ernstes Problem gehe, bei dem auch mal härtere Worte angebracht seien. So sagte beispielsweise SPD-Vorsitzender Franz Müntefering: „Wenn man mal meckern muss, damit sich etwas bewegt, dann ist Meckern auch erlaubt.“

Sehr viel weniger Beachtung fand der andere Teil des Vergleiches Steinbrücks, an dem sich aber eigentlich der ganze Ärger entzündet: Der deutsche Finanzminister hatte die besagten europäischen Staaten in einer Reihe mit Ouagadougou genannt. Dabei ist zunächst schon verwunderlich, dass er neben einigen Ländern eine Stadt aufführt, handelt es sich hier doch um die Hauptstadt des Westafrikanischen Landes Burkina Faso. Keiner der „beleidigten“ Staaten stellte die

Die Ausfälle des Peer Steinbrück wer beleidigt wen?



Lieber Herr Steinbrück, Ouagadougou ist die Hauptstadt von Burkina Faso, nicht ein eigenes Land und Burkina Faso steht nicht auf der Schwarzen Liste der OECD.

Frage, warum der deutsche Außenminister sie in diesem Zusammenhang ausgerechnet mit Burkina Faso verglich. Dieser Vergleich würde nur dann seinen Zweck erfüllen, nämlich die besagten europäischen Staaten als Steueroasen bloßzustellen, wenn das afrikanische Land geradezu ein Paradies für Steuerhinterzieher wäre. Auf der Liste der OECD, welche die Staaten aufführt denen die Duldung von Steuerhinterziehung vorgeworfen wird, ist Burkina Faso aber – als einziges der von Steinbrück genannten Länder – nicht zu finden. Damit stellt sich die Frage, worauf sich der als Beleidigung aufgefasste Vergleich bezieht. Warum fühlen sich Staaten, die offiziell der Beihilfe zur Steuerhinterziehung verdächtigt werden, beleidigt, wenn sie mit einem anderen Staat verglichen werden, dem dieses Vergehen gar nicht vorgeworfen wird? Dieser Vergleich entlastet Luxemburg, Liechtenstein, Schweiz und Österreich doch eigentlich sogar, da Steinbrück lediglich ankündigt, dass er diese Länder, wie auch einen anderen Staat dem gar keine Verwicklung in die Steuerhinterziehungsskandale

vorgeworfen wird, zu einer Konferenz zu ebendiesem Thema einladen will.

Dass Steinbrücks Äußerung so einhellig als Beleidigung der Nachbarländer Deutschlands aufgefasst wird, muss also andere Gründe haben, als die in der öffentlichen Debatte genannten. Da der deutsche Finanzminister keinerlei Aussagen dazu macht, wie er gerade auf Burkina Faso kommt, liegt der Verdacht nahe, dass er sich hier eines Afrikabildes bedient, das den gesamten Kontinent als Sinnbild von Unter- und Fehlentwicklung betrachtet. Dabei hat er sich wohl eines beliebigen, exotisch klingenden Namens bedient, der den beschuldigten europäischen Staaten zeigen soll, auf welchem Niveau sie sich aufgrund ihres Fehlverhaltens inzwischen befinden. Afrika wird hier als das „Andere“ dargestellt, von dem sich Europa fundamental unterscheidet, indem es ihm überlegen ist.

Vor diesem Hintergrund ist auch der gegenstandslose Vergleich Steinbrücks eine Beleidigung für jedes europäische Land. Das wahre Vergehen des Finanzministers ist nicht, dass er bestimmten Staaten vorgeworfen hat, Steueroasen zu sein. Sein wahres Vergehen ist, dass er europäische Staaten auf eine Stufe mit einem afrikanischen Land (bzw. einer afrikanischen Stadt) stellt und damit erstere herabwürdigt.

Das zeigt sich deutlich an den Reaktionen auf den Vergleich. Bundeskanzlerin Angela Merkel distanzierte sich von der Aussage ihres Finanzministers mit den Worten „Deutschland will gute Beziehungen zu all seinen Nachbarn“. Kein Wort von den Beziehungen zu Burkina Faso.

Dass die Diffamierung Burkina Fasos nicht einfach nur eine diplomatische Entgleisung ist, sondern auch reale Gefahren für das Land birgt, machte Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul deutlich. Sie sagte der Frankfurter Rundschau: „Solche Worte schaden einem Land wie Burkina Faso. Sie können wirtschaftliche Nachteile zur Folge haben.“ Franz Müntefering verkündete dagegen wei-

terhin: „Die Wahrheit ist doch: Da sind Leute, die betrügen uns um Steuern, und zwar in einem erheblichen Maße“. Angesichts der Tatsache, dass Burkina Faso nicht auf der Schwarzen Liste der OECD aufgeführt wird, ist dies eine vollkommen haltlose Unterstellung, auch wenn Müntefering bei seiner Aussage sicherlich nicht an das afrikanische Land gedacht haben dürfte.

In der Öffentlichkeit bestehen zwei Wahrnehmungen des Sachverhaltes. Die eine Seite sieht Steinbrücks Äußerung als verbale Entgleisung an, die sein eigentliches Anliegen in den Hintergrund drängt. Die andere Seite meint, die Reaktionen seien „eine künstliche Erregung“ und die Debatte solle zum Thema Steuerhinterziehung zurückkehren, da „das der eigentliche Skandal ist, und nicht, ob ein Finanzminister mehr oder weniger diplomatisch ist“, wie der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Eichel verlauten ließ. Beunruhigend ist, dass kaum jemand es als den wahren Skandal ansieht, dass Steinbrück ein afrikanisches Land dazu heranzieht, anderen zu zeigen, wie verfehlt ihre Politik ist, wobei der Vergleich seine Schärfe nicht daraus zieht, was Burkina Faso macht, sondern allein daraus was es ist – afrikanisch.

von Jan Diebold

„Police beat black“ stand auf den Transparenten der Studierenden. Auf dem Uniplatz machten sie am Mittwoch, 20. Mai, auf die polizeiliche Gewalt aufmerksam, die einem ihrer Kommilitonen widerfahren war.

In der Nacht zum Samstag, 9. Mai, geriet ein Heidelberger Student aus Kamerun am hiesigen Hauptbahnhof in eine Kontrolle der Bundespolizei. Da er sich nicht mit seinem Personalausweis ausweisen konnte, sondern lediglich seinen Studentenausweis bei sich hatte, nahmen ihn die Polizeibeamten mit auf die Bahnhofspolizeiwache. Nach Angaben eines Kommilitonen, der den betroffenen Studenten am Tag darauf in der Kopfklinik besuchte (und nicht namentlich genannt werden möchte), sei es zum Konflikt gekommen, als die Polizei dem Studenten eine Blutprobe entnehmen wollte. Er habe sich gewehrt und eine Begründung eingefordert. Daraufhin hätten die Polizeibeamten Gewalt gegen ihn angewendet. Sie hätten ihn gezwungen, die Blutentnahme durchführen zu lassen und ihn geschlagen. Anschließend hätten sie ihn gehen lassen, ohne seinen Gesundheitszustand zu überprüfen. Zusätzlich zu einem Hämatom am Auge und Kieferschmerzen sei schließlich in der Kopfklinik ein Gesichtsbruch im Bereich des Augapfels und ein Schädelbasisbruch diagnostiziert worden. Der Student hat inzwischen Anzeige erstattet.

Polizeikontrolle mit Nachspiel

Auf Nachfrage von UNiMUT bei der Bundespolizei in Stuttgart äußerte sich deren Pressesprecher zu eventuellen Gewaltanwendungen seiner Kollegen nicht. Ernsthaftige Verletzungen des Studenten hält er für unwahrscheinlich, da seine Kollegen den Studenten seiner Einschätzung nach nicht ohne ärztliche Versorgung hätten gehen lassen. Laut Polizei ist die Einbehaltung des Studenten auf der Polizeiwache nötig gewesen, weil sich der Student geweigert habe, sich auszuweisen. Er habe ein „aggressives und irrationales“ Verhalten an den Tag gelegt, Polizeibeamte getreten und damit zwei der Beamten verletzt. Daraufhin hätten die Polizisten der Bundespolizei drei weitere Kollegen der Landespolizei hinzugezogen und von der Staatsanwaltschaft eine Blutuntersuchung anordnen lassen. Eine Blutprobe ist laut Polizei die Regel „wenn ein entsprechendes Verhalten bei Personen vorliegt, die sich in der Obhut der Polizei befinden, das darauf schließen lässt, dass die Person unter Drogen steht.“ Gegen den Studenten erstattete die Polizei Anzeige wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen aufgenommen und die Heidelberger Polizei mit der Untersuchung des Falles beauftragt. Auch deren Pressesprecher bestätigte eine Körperverletzung

des Studenten durch die Polizei nicht.

Betroffen von dem Ereignis und dem kritischen Gesundheitszustand ihres Kommilitonen, haben sich Heidelberger Studierende mit ihm solidarisiert. In einem Brief an Oberbürgermeister Eckart Würzner baten sie um Aufklärung des Vorfalls. Das Ereignis hat unter den afrikanischen Studierenden in Heidelberg eine Debatte darüber ausgelöst, ob es sich lediglich um eine ungerechtfertigte Gewaltanwendung seitens der Polizei gehandelt habe oder ob die Auseinandersetzung

aus rassistischen Gründen eskaliert sei.

Bei den Demonstranten sind zweifellos viele Emotionen und Ängste im Spiel. Teilnehmer verwiesen auf Übergriffe auf Schwarze in anderen deutschen Städten: „Wir haben Angst, dass Rassismus auch in Heidelberg unsere Bewegungsfreiheit einschränken könnte,“ gibt eine Studentin zu. „Das wäre nicht das erste Mal, dass in Deutschland Afrikaner wegen ihrer Hautfarbe anders behandelt werden.“ Deshalb wollen die Studierenden weiterhin die Heidelberger Öffentlichkeit informieren und sich dafür einsetzen, dass der Fall aufgeklärt wird.

von Caroline Authaler und Simone Mbak

„Wir führen [...] keinen Krieg, sondern wir helfen mit unseren Einsätzen den Menschen“

Die Crème de la Crème der Rüstungsindustrie zu Gast in Heidelberg

Am 15. Mai fand im Crown Plaza Hotel das Heidelberger SicherheitsFORUM des FORUM-Instituts für Management statt. Nach eigenen Angaben ging es darum, eine Plattform für Regierungs- und Militärver-

treter sowie die Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer der Verteidigungsindustrie (jeweils ausschließlich Männer) zu bieten. Angesichts von „Internationalisierung und Preisdruck, sowie Menschenrechtsfragen und

Stimmungen in der Bevölkerung, die in den Strategien der Unternehmen zunehmend berücksichtigt werden müssen,“ stehe die Rüstungsindustrie vor „schwierigen Aufgaben“.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung wurden derartige Bedenken von Verteidigungsminister Jung, dem Keynote Speaker des Forums, entkräftet. Dieser betonte, wie wichtig es sei auch in Zeiten der Wirtschaftskrise die Verteidigungsausgaben nicht zu kürzen. Die Bundeswehr operiere mittlerweile auf drei Kontinenten und zwei Weltmeeren, dies solle nicht nur so bleiben, sondern ausgebaut werden. Denn so Jung weiter: „Die zentralen sicherheitspolitischen Probleme“ – zu denen nach den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ auch die Versorgung

mit günstigen Rohstoffen zählt – „werden unter den Bedingungen der derzeit herrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise noch weiter verschärft. Sicherheit und Wirtschaft sind untrennbar miteinander verknüpft.“

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz stellte der Markt der inneren Sicherheit dar. Es geht den Unter-



„Dies ist keine Versammlung von Kriegstreibern, sondern von Friedensmachern.“, so eröffnete der CDU-Abgeordnete Karl A. Lamers die Tagung unter Applaus

nehmen hierbei um die Anpassung ihrer Produkte an die „Anforderungen der Innenminister des Bundes und der Länder.“

Begleitet wurde die Konferenz von zahlreichen Protesten. Bereits am Tag zuvor fand anlässlich der Tagung in der Hauptstraße eine Demonstration statt. Den PassantInnen bot sich ein ungewöhnliches Spektakel, waren die Protestierenden doch in offizieller Kleidung erschienen und trugen einen goldenen Panzer voran. Die Mehrzahl jedoch verstand die Kritik hinter den Forderungen nach „mehr Bomben für den Frieden“.

Zu Beginn des Forums versammelten sich etwa 50 KritikerInnen mit vielen bunten Plakaten zu einer Kundgebung vor dem Crown Plaza Hotel. Von der Polizei ungehindert hängten AktivistInnen ein Transparent mit der Aufschrift „Wir zahlen nicht für Eure Kriege“ in die Bäume vor dem Tagungsort. Die Teilnehmenden kritisierten, dass die Forderung der Rüstungsindustrie nach besseren Absatzmöglichkeiten und Intensivierung ihres Exports in der Konsequenz die Forderung nach einer Ausweitung von Krieg und Leid seien. Keine andere Wirtschaftsbranche habe solch einschneidende Bedeutung für Leben und Gesundheit von Millionen Menschen wie die Rüstungsindustrie, daher könne dieser Bereich nicht wie ein Markt begriffen werden, auf dem es einzig darum gehe die Profite der Unternehmen zu maximieren. Mit Krieg dürfe kein Geschäft ge-

macht werden. Weiter wurde kritisiert, dass der Einsatz für weltweite Stabilität und Sicherheit die eigentlichen Motive, insbesondere wirtschaftliche und geopolitische Interessen, vor allem am Zugang zu Märkten und Ressourcen, verschleierte.

Neben Verteidigungsminister Jung war auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl A. Lamers unter den Gästen. Auf die Kritik der Demonstrierenden antwortete er: „Wir führen erstens keinen Krieg, sondern wir helfen mit unseren Einsätzen den Menschen in Afghanistan, die nicht in Freiheit leben. Und zweitens brauchen wir dafür die Unterstützung der Verteidigungsindustrie, um unsere Soldaten optimal zu schützen.“ Laut Lamers seien die Argumente der Demonstrierenden zwar falsch, aber er fände es gut, dass sie auf die Straße gehen können, denn „in einem unterdrückten Land kämen sie noch nicht mal dazu, den Mund auf zu machen.“ (Zitiert nach: rnz 16.5.09)

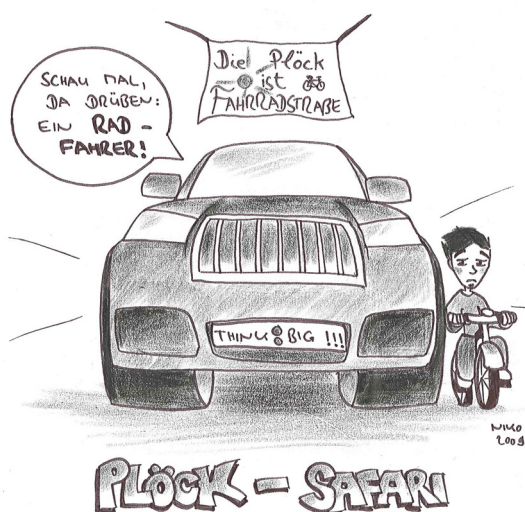
Die Freiheit den Mund auf zu machen wurde bei der Demonstration kurz vor Ende der Konferenz deutlich. Der friedliche Demonstrationszug von etwa 300 Menschen wurde bereits nach einigen Metern ohne ersichtlichen Grund von der Polizei gestoppt. Daraufhin besetzten die Protestierenden die große Verkehrskreuzung am Adenauerplatz, um dann zum Ausgang der Tiefgarage des Hotels zu ziehen. Dort blockierten sie die Durchfahrt der ForumsteilnehmerInnen bis die Polizei das Tor räumen ließ. Um sich an den Diskussionen der KonferenzteilnehmerInnen zu beteiligen, hätte die Hürde einer Anmeldegebühr von € 1.416,10, beziehungsweise für VertreterInnen von Politik und Militär von € 345,10 überwunden werden müssen.

nbb

In jede Richtung fahren täglich etwa 3000 FahrradfahrerInnen durch die Plöck, ein Ausweichen auf die provisorische Umleitung in die Friedrich-Ebert-Anlage ist vielen zu unsicher. Durch eine weitere Benutzung der Plöck in beiden Richtungen werden zahlreiche RadfahrerInnen im Kampf um eine Fahrradstraße Plöck in die Illegalität getrieben.

Parkhausstraße Plöck

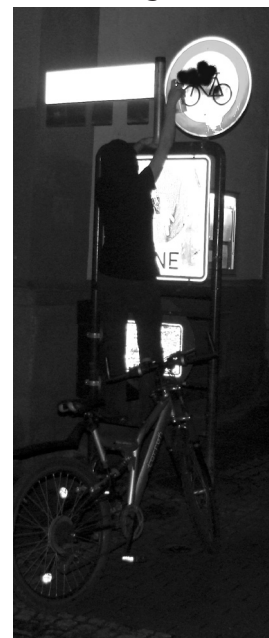
Keine „ideologisch motivierte Bevorzugung einzelner Verkehrsmittel“



Über 7.000 Pkw-Parkplätze stehen in der Heidelberger Innenstadt zur Verfügung. Doch das scheint nicht genug. Der Bau eines weiteren Parkhauses, direkt neben der Tiefgarage des Kaufhauses Galeria Kaufhof, auf dem ehemaligen Friedrich-Ebert-Platz soll weiteren AutofahrerInnen den Weg durch die Plöck schmackhaft machen. Weil es in der engen Plöck nun noch enger wird, ist sie seit Baubeginn zwischen Schießtorstraße und Nadlerstraße für RadfahrerInnen in Richtung Westen gesperrt. Nach den zahlreichen Fahrrademonstrationen für den Erhalt der Fahrradstraße Plöck berief die Stadt einen „Runden Tisch“ ein, an dem über eine Lösung beraten werden sollte. Die Teilnehmenden sprachen sich einstimmig für die Beibehaltung des Zweirichtungs-Radverkehrs aus. Die Stadt versprach

daraufhin, den Ausbau von Fuß- und Radwegen zu fördern: Es „soll in Kürze die Orientierung für RadfahrerInnen im Stadtgebiet durch ein neues Schildersystem vereinfacht werden, was auch den vielen Radtouristen zugute kommen wird.“ Da die CDU sich „gegen die ideologisch motivierte Bevorzugung einzelner Verkehrsmittel“ ausspricht, bekommen auch die AutofahrerInnen noch dieses Jahr ein „dynamisches Parkleitsystem“, das die Parkplatzsuche nochmals deutlich erleichtert.

nbb



Das Urheberrecht – eine ‚linke‘ Diskussion

Wenn ‚sozialistische‘ Ideen von kapitalistischen Unternehmen gesponsert werden

Im Streit um das Urheberrecht, der gerade in ganz Europa, vornehmlich in Frankreich, Schweden und Deutschland geführt wird, kommt es immer wieder – gerade innerhalb jener Gruppe, die sich als ‚links‘ bezeichnet – zu starken Auseinandersetzungen anlässlich von Hadopi, Google Books und Pirate Bay. In Frankreich geht es gar so weit, dass eine große Schar an Intellektuellen und Prominenten aus Film und Musik, sich offen gegen die Sozialistische Partei und deren Ablehnung des neuen Internetgesetzes bekannt haben, gleichzeitig aber betonen, dass sie weiterhin ‚links‘ seien: „Das Autorenrecht ist ein Menschenrecht“ und die Bewahrung desselben sei ein linkspolitischer Grundsatz.



Das Urheberrecht ist entstanden aus dem Respekt vor der unverwechselbaren Arbeit des Einzelnen. Es sieht Kreativität und Innovation als Werte an, die es zu schützen und zu fördern gilt.

In Deutschland läuft die Diskussion um den Heidelberger Appell, der sich für die Wahrung der Urheberrechte und Publikationsfreiheit, also gegen die unerlaubte Digitalisierung von urheberrechtlich geschützten Büchern durch Google Books und gegen den Zwang zu Open Access im Hochschulbereich ausspricht, ähnlich ab: während 2400 Intellektuelle wie Günter Grass, Hans Magnus Enzensberger, Sigfried Lenz, Alexander Kluge sowie neben zahlreichen anderen die Chefredakteure der Zeit und der taz den Appell unterzeichnet haben, so werden aus dem ‚anderen linken‘ Spektrum ganz andere Stimmen laut: es handele sich bei Google Books, YouTube und Pirate Bay um „sozialistische“, „anti-kapitalistische“ Aktionen, die den freien Zugang und Austausch von Wissen, Musik und Film ermöglichen.

Die Argumentation der beiden ‚linken‘ Seiten geschieht aus einem entgegengesetzten Blickwinkel. Während die Befürworter des Urheberrechts den kreativ Schaffenden im Blick haben und eine rechtliche Absicherung von dessen geistigen Produkten fordern, so argumentiert die andere Seite im Hinblick auf den Rezipienten, der möglichst viele geistige Erzeugnisse kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen möchte. Beide Seiten sprechen von Freiheit: die einen von freiem Zugang, die anderen von der Freiheit des Kreativen.

Ursprünglich entstand Open Access, der kostenlose Zugang zu Texten im Internet (der nicht mit freier Software, genannt Open Source, verwechselt werden darf), als Gegenbewegung zu der Monopolstruktur der Großverlage. Mittlerweile haben diese – wie beispielsweise der Springer Verlag – jene ursprüngliche Gegenbewegung jedoch in ihr Wirtschaftsmodell integriert und sind zu den größten Befürwortern von Open Access geworden. Sie haben in dieser Publikationsform die Möglichkeit zu einem Großverlag, der alle Texte im Internet verwaltet, entdeckt und treiben den Zwang zu Open Access zur Stärkung ihrer Monopolstellung gegen die kleinen und mittleren Verlage kräftig voran.

Nach einem ähnlichen Prinzip verläuft auch die Strategie von Google Books. Sie nutzen die Kritik am kapitalistischen System, um sie für ihre eigenen wirtschaftlichen Vorteile einzusetzen. Google gibt sich äußerst großzügig im Hinblick auf die kostenlose Zurverfügung-Stellung von Eigentum anderer und macht dabei selbst ein großes Geschäft via Mausclicks, während die eigentlichen Produzenten der geistigen Güter leer ausgehen. Google Books hat die sieben Millionen Bücher nicht aus Menschenfreundlichkeit oder aufklärerischen Idealen heraus eingescannt, sondern aufgrund von finanziellen Interessen und zur Sicherung ihrer bereits konkurrenzlosen Monopolstellung im Internet.

Der Umgang mit geistigen Produkten im Internet ist einzig profitorientiert. Geistige Gebilde haben nicht einen Wert als Ausdruck eines Individuums, sondern dienen einzig einer Verwertungsmaschinerie, die alles gleichmacht: Quantität (gemessen in Bits und der Anzahl der Mausclicks) anstelle von Qualität. Kunst wird zum reinen Konsumgut degradiert, dessen Rezeption sich den Prämissen unserer Zeit angepasst hat: eine Kulturfltrate nach dem Prinzip All-you-can-eat und Alles-ist-gratis nach dem Prinzip „Geiz ist geil“.

Die ursprüngliche Gegenbewegung, die sich im Internet entwickelt hat und von der Utopie eines freien Austauschs geistiger Produkte jenseits von den Profitinteressen der Großkonzerne geträumt hat, wurde bereits ins kapitalistische System integriert und kommerzialisiert. Die Kritik am System steht nicht mehr außerhalb, sondern wurde bereits von diesem absorbiert und ist längst Teil von ihm. Es geht nicht mehr um freien Austausch, sondern um bedingungslosen Konsum: „Der Kunde ist nicht, wie die Kulturindustrie glauben machen möchte, König, nicht ihr Subjekt, sondern ihr Objekt.“ (Adorno)

jr

„Die Wut jedoch kann man nachfühlen“

Medienberichterstattung im Vorfeld des Bildungsstreiks 2009

Die Initiativen zum Bildungsstreik 2009 sind unlängst in den Medien angekommen: die Berichterstattung (etwa 60 Artikel in regionalen und überregionalen Medien, daneben zahlreichen Radiosendungen) lässt sich dabei wie folgt zusammenfassen:

1) In den Medien nimmt das EREIGNIS insgesamt immer konkretere Züge an. Vor allem in links orientierten Medien wird das Substantiv (der Bildungsstreik) nicht mehr paraphrasiert, was auf einen hohen Bekanntheitsgrad des damit verbundenen Sachverhalts bei entsprechenden Medienakteuren (und mutmaßlich Rezipienten) schließen lässt.

2) Die Medien konstituieren ein breites AKTEURS-Feld und setzen damit eine hohe gesellschaftliche Relevanz für viele (auch Un-) Beteiligte voraus: Jugendliche Studierende, Studenten, Schüler, SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen, ErzieherInnen, Gewerkschaften usw.

3) Ungeachtet dessen werden konkrete Vorbereitungen immer wieder spezifischen, dabei aber nicht gleichen Individuen oder „führenden“ Gruppen (Orgateam, Leitungsgremium; Namentliche Nennungen verbunden mit Amtsbezeichnungen usw.) zugeordnet. Diese Personalisierung und Gruppenspezifisierung der AKTEURE ist üblich und typisch für die aktuelle journalistische Praxis. Der für Bildungsstreikakteure zentrale Punkt einer dezentralen, hierarchieniedrigen Organisation wird hierdurch jedoch verwischt bzw. gelangt bislang nicht in die Medienberichterstattung.

4) Das HANDELN der Akteure wird ebenso überwiegend individualistisch konstituiert. Damit wird der Sachverhalt des Bildungsstreiks nicht als allgemeines gesellschaftliches Phänomen beschrieben, sondern stärker lokal bzw. domänenspezifisch (Bildungskontexte) eingrenzt.

5) Insgesamt lässt sich eine durchweg positive Bewertung des BILDUNGSSTREIKS in den Medien feststellen. Sowohl konservative als auch links orientierte Medien konstituieren das Ereignis positiv konnotierend (etwa in Substantiven wie Protest, Aktionen, Aufruf), was auf eine breite Zustimmung zu den Ereignissen nicht nur im akademischen Rezipientenkreis schließen lässt. Dies zeigt sich insbesondere auch in der Berichterstattung zu einem ‚Aufeinandertreffen‘ von Bildungsstreik-AKTEUREN und der POLIZEI in Berlin: Die Polizeiaktion wird als inadäquat konstituiert (argumentativ wirksame Zitat-Einbettung und dezente Skepsis-Signale durch Wahl des Konj. II bei der Zitierung der Polizei): Laut Polizei handelte es sich um eine unangemeldete Versammlung von rund 20

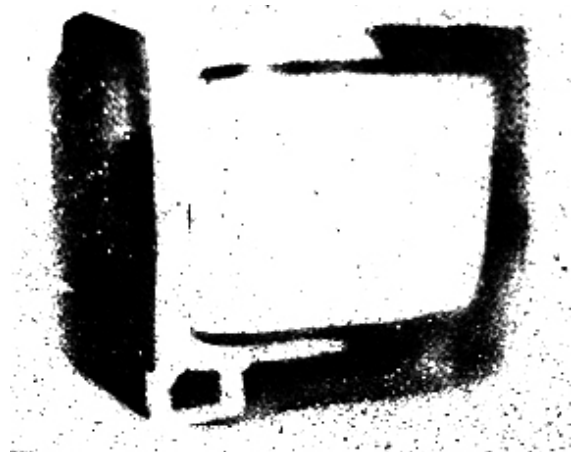
Personen. Die Beamten hätten Platzverweise erteilt. Zwei Männer hätten Sturmhauben gehabt. [...] „Die Begründung, es sei eine unangemeldete Versammlung gewesen, ist absurd“, so Köhn. „Situationen wie diese erwartet man eigentlich in südamerikanischen Polizeistaaten.“ (Berliner Zeitung) // Wer sich im Café verabredet, sollte das vorher bei der Polizei anmelden. (taz)

6) Nicht zuletzt wird auch bei gemäßigt konservativen Zeitungen (FAZ, Stuttgarter Zeitung u.a.) der Sachverhalt des Bildungsstreiks mit der Debatte um den Bologna-Prozess sowie mit der Wirtschaftskrise verknüpft und explizit Position zugunsten des Bildungsstreiks bezogen:

wollen einige studentische Initiatoren in Berlin Mahnbriefe an den Bundesfinanzminister und an Banken vorstellen. Sie fordern „ein umfangreiches Rettungspaket für das marode Bildungssystem“ in Deutschland. [...] Falls das Paket bis zu einem geplanten bundesweiten Bildungsstreik am 17. Juni nicht vorliege, wollen sie zum „bundesweiten Banküberfall“ schreiten. [...] Bleibt anzunehmen und zu hoffen, dass damit eher symbolische Handlungen gemeint sind. Die Wut jedoch kann man nachfühlen [...] (Stuttgarter Zeitung, 14.05.2009)

Die FAZ (29.04.2009) ruft gar indirekt mit dazu auf, den aktuellen bildungspolitischen Problemen nicht mittels Flucht nach vorn in den (Vor)Ruhestand oder in die Resignation zu begegnen, sondern aktiv einzugreifen. Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie unmittelbar zu Buche schlagender ökonomischer Schaden die Politik zu sofortigem Handeln zwingen kann. [...] Umso mehr wird das Gelingen eines solchen Streiks davon abhängig sein, dass an einem Strang gezogen wird.

von Friedemann Vogel



Ethnie

Ethnie, die, -, -en: [entlehnt aus altgr. ethnos = 1. Schaar, Haufe, Herde 2. Volk, Völkerschaft, Stamm, Menschenklasse; ursprgl. Sammelbegriff für segmentäre Gesellschaften, die nicht in einer polis organisiert waren] Begriff der Ethnologie zur Beschreibung einer Menschengruppe mit einheitlicher Kultur

Der Begriff Ethnie stellt ein wissenschaftliches Konzept zur Bezeichnung von Gruppen dar, denen ohne eine direkte familiäre Verbindung eine gemeinsame Abstammung zugeschrieben wird. Im Alltagsdiskurs wird „Ethnie“ oft als politisch korrekte Bezeichnung für ältere und politisch aufgeladene Konzepte wie Stamm, Volk oder Rasse verwendet. Dabei wird Gruppenzugehörigkeit primordial, also als ursprünglich, festgeschrieben bzw. essentialisiert. Das Konzept der Ethnie impliziert allerdings die Annahme der Konstruiertheit seines Gegenstandes. Diese basiert auf der subjektiven Wahrnehmung von Gruppenzugehörigkeiten, die an Kernmerkmalen sprachlicher, kultureller, religiöser, politischer, geographischer oder physischer Natur festgemacht werden. Aus der unübersehbaren Fülle von möglichen Unterscheidungsmerkmalen werden bestimmte betont, andere nicht beachtet oder verleugnet, womit die Vorstellung einer gemeinsamen Abstammung aller Gruppenmitglieder begründet wird. Aufgrund der Vielzahl möglicher Unterscheidungsmerkmale können sich Gruppengrenzen verschieben oder auflösen.

Die ethnische Identität bildet nur eine unter vielen möglichen Gruppenzugehörigkeiten eines Individuums, die sich auch über Kategorien wie Alter und soziale Klasse definieren können.

Bei der kollektiven Identifikation mit einer Gruppe besteht immer ein Wechselverhältnis zu der Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen, welche durch Fremdzuschreibung bestimmter Merkmale oft erst geschaffen werden. Dabei ist nicht entscheidend, ob sich die vermeintlichen Mitglieder der anderen Gruppe zusammgehörig fühlen. Dennoch können sie die ihnen zugeschriebene ethnische Zugehörigkeit nicht ablegen. Ob die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe betont wird, hängt von den politischen Rahmenbedingungen ab. Die Einteilung von Menschen in Ethnien spielt immer auch eine bedeutende Rolle bei der Verteilung von Ressourcen. Dieser Einteilung ist ein ausschließendes Element eigen, welches diskriminierende Züge annimmt, wenn ethnische Zugehörigkeit zum Kriterium für die Zuteilung und Ausschließung von Ressourcen wird. Dies birgt ein Konfliktpotential, besonders weil das Konzept der Ethnie unter bestimmten Voraussetzungen zur Mobilisierung von Massen genutzt werden kann

Da die Idee des modernen Nationalstaates die Vorstellung eines einheitlichen Staatsvolkes beinhaltet,



geht das Konzept der ethnischen Identität weitgehend in der nationalen Zugehörigkeit auf. Ethnische Selbstzuschreibungen dauern höchstens in unpolitischen folkloristischen Traditionen fort.

Dies erklärt, warum im öffentlichen Diskurs Ethnien meist nur in Entwicklungsländern verortet werden. Vergleicht man beispielsweise Wikipedia-Artikel über afrikanische Staaten, so ist auffällig, dass in diesen Artikeln die Bevölkerungen in Ethnien unterteilt werden, während bei den europäischen Staaten ethnographische Angaben meist fehlen.

Entgegen der hinter dem oben beschriebenen Konzept stehenden Absicht, einen Begriff zu schaffen, der Gruppenzugehörigkeiten nicht naturalisiert und biologisiert, scheinen dem Ausdruck Ethnie in der Alltagssprache Vorstellungen von vormoderne Stämmen oder primitiven Rassen anzuhängen. Ethnien werden als Vorstufe des Nationalstaates begriffen, die auf dem Weg der Modernisierung überwunden wurden.

Ruanda 1994 ein ethnischer Konflikt?

Bereits im Herbst 1993, sechs Monate vor Ausbruch des Genozids in Ruanda, benannte die Süddeutsche Zeitung (SZ) die Konflikte in Ruanda als eine „Uralte Fehde zwischen Hutu und Tutsi“. Auch nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges wurde an dieser, scheinbar dem Konflikt zugrunde liegenden Einteilung des ruandischen Volkes in zwei Rassen bzw. später dann Ethnien, festgehalten. Eindrücklich zeigt dies der folgende Ausschnitt aus der SZ im Jahre 1994: „Das Entsetzliche: Menschen massakrieren sich offenbar nur, weil der eine Hutu, der andere Tutsi ist“. Und dass diese Differenzierung zwischen den beiden Ethnien auch heute noch Relevanz hat, wird deutlich, wenn die FAZ im November 2007 diese Ethnien erneut paradigmatisch aufgreift: „Hutu und Tutsi, diesmal im Kongo“.

Ursprünglich bezeichneten diese Ausdrücke jedoch nicht primär biologisch-essentialistisch definierte, sondern vielmehr sozioökonomische Unterschiede. Während die einen sich dem Ackerbau (Hutu) widmeten, handelte es sich bei den anderen vornehmlich um Viehzüchter (Tutsi). Letztere konnten sich im Laufe der Zeit aufgrund ihrer ökonomisch begünstigten Position mehr politischen Einfluss sichern, wodurch sich über die Zeit ein soziales Gefälle zwischen den beiden Gruppen etablierte.

Während der deutschen Kolonialherrschaft machten sich die Besatzer dies zunutze. Die sozio-ökonomische Überlegenheit dieser Gruppe wurde durch sozialdarwinistische Theorien erklärt und damit zementiert. Die Tutsi übernahmen – vermittelt durch Mission und Schulbildung – die Fremdzuschreibungen der Kolonialherren. Zentral ist der Geschichtsmythos, der besagte, dass es sich bei ihnen um eine zugewanderte Volksgruppe handle, die den Hutu rassisch überlegen sei. Durch die Identifikation als Tutsi konnten sie ihre privilegierte Position legitimieren, welche sie durch die Kollaboration mit den Europäern weiterhin inne hatten. Es handelt sich also um einen komplexen Prozess, an dem sowohl Kolonialherren als auch Ruander beteiligt waren.

Unter der späteren belgischen Kolonialherrschaft hat sich die Unterscheidung

weiter manifestiert. Ab 1926 wurde die ethnische Zugehörigkeit eines jeden Ruanders in Personalausweisen schriftlich vermerkt. Doch die privilegierte Behandlung der Tutsi durch die Kolonialherren trieb einen nicht zu unterschätzenden Keil in die ruandische Bevölkerung, der bis in die postkoloniale Zeit fortwirkt. Seit der Unabhängigkeit des Landes und der Übernahme



der Macht durch die Hutu, sahen sich die Tutsi Verfolgung, Vertreibung und Pogromen ausgesetzt, welche ihren vorläufigen Höhepunkt 1972 erreichten. Diese sind zurückzuführen auf eine erneute politische Instrumentalisierung der ethnischen Unterschiede. 1994

nutzten die Hutu-Eliten das in den Köpfen der Bevölkerung mittlerweile festgesetzte Geschichtsbild aus der Kolonialzeit, um die Massen gegen diese zu mobilisieren. Ein wichtiger Grund dafür war sicherlich die Angst der Hutu vor der aufstrebenden Tutsi-Opposition. Diese entstand im Exil und gewann in Ruanda militärisch und politisch zunehmend an Einfluss. Der Ausbruch der organisierten Verfolgung der Tutsi und des Genozids hat unterschiedlichste Gründe und es ist schlichtweg falsch, für diese Ereignisse die monokausale Erklärung einer „uralten“ Fehde zwischen den

verschiedenen Ethnien gelten zu lassen. Diese Erklärung ist nicht hinreichend, um die Ereignisse in Ruanda aus dem Jahre 1994 zu erfassen. Genauso wenig funktioniert die alleinige Rückführung der Konfliktgründe auf die Kolonialpolitik. Die deutschsprachige Presselandschaft begnügte sich allerdings lange Zeit mit diesen Erklärungsmodellen.

Dieser Artikel hat nicht den Anspruch, den Konflikt in Ruanda umfassend darzustellen, sondern auf die Ambivalenz des Ethnizitätsbegriffs hinzuweisen.

Denn Ethnien wie jene der Hutu und Tutsi sind von einer rassistischen Konstruktion zu einer historischen Tatsache geworden.

Von Maja Tschumi, Philmon Ghirmai, Caroline Authaler, Jan Diebold, Simone Mbak, Jan Becht

Über die Jahrzehnte hat es eine fast unübersehbare Schar an Krimiautoren geschafft, einem Genre, dem einst das Label „Unterhaltungsliteratur“ anhaftete, zu dem Rang zu verhelfen, der dem Verbrechen in der Literatur gebührt. Von der intellektuellen Faszination des „perfekten Verbrechens“ bei Conan Doyle und Christie bis zur Spannung der Spionage bei Le Carré; von den abgebrühten Detektiven des amerikanischen Kriminalromans à la Chandler und Hammett bis zur gesellschaftlichen Dekonstruktion Rankins: der Krimi ist und bleibt nicht nur beliebte Lektüre, sondern auch eine Literaturgattung, die aktuellen gesellschaftlichen Fragen sozialer, politischer und kultureller Art Verhandlungsspielraum gibt. Umso faszinierender ist der Krimi, wenn das Setting ein uns bekannter Ort ist, was vermutlich nicht zuletzt den Erfolg des Tatorts erklärt.

Heidelberg wählte Wolfgang Burger als Schauplatz seiner Kriminalromane, dessen Kommissar Gerlach sicher seinen festen Platz in der Geschichte Heidelberger Literatur erhalten wird. Den Versuch, Heidelberg als Setting für ein Verbrechen zu wählen, unternimmt auch Hubert Bär mit seinem Roman *Der Heidelberger Campus-Mord*, wobei der vielversprechende An-

satz, von Eifersucht, EITELkeit und Hybris geprägte Akademiker der Ruperto Carola als das zu entlarven, was sie sind, im Großen und Ganzen wie der Flug des Huhns gerät: kurz und flach.

Der gerade mal 163 Seiten kurze Roman besticht durch Figurenarmut, Phantasielosigkeit und Monotonie. Alle Figuren sind samt und sonders Unsympathen, die alle von Standesdünkel in extrem überzeichneter Form, elitären Allmächtsphantasien und Ränkespielen auf Kindergarteniveau charakterisiert sind. Grundaussage: die Menschen sind schlecht, dargestellt durch die Augen des nicht weniger unsympathischen Protagonisten Pfeifer, der selbst zum Mörder wird. Dabei ist der Versuch, einen Krimi aus der Sicht des Verbrechers zu schreiben, keineswegs per se falsch; Patricia Highsmith ist dieser Wurf mit Mr. Ripley bestens gelungen. Hingegen bringt Bärs Protagonist Pfeifer zu keiner Zeit den Mut, eine Meinung zu vertreten, und ist ein unwirklicher Mörder seines Rivalen Klaus Adam. Entwicklung einzelner Figuren sucht der Leser vergebens, stattdessen ergehen sie sich in Diskussionen, die die übertriebene, ja unerträgliche Selbstgefälligkeit der Handelnden darstellen sollen. Lesevergnügen

Der Heidelberger Campus-Murks

klingt anders. Am Ende verkommt der Versuch Bär, die Erzählzeit gen Zukunft zu verschieben und damit lediglich einen möglichen Ausgang des Romans zu suggerieren, eher zu einem hilflosen Versuch, der die narrative Integrität seines Buches auf das Niveau eines Tiertraums zusammenbrechen lässt: schemenhaft und unwahrscheinlich.

Schade, denn ein gutes Buch, das durch ein Verbrechen zeigt, wie sehr an unserer Universität Karrie-

resucht gefördert, welch unerträglich sakrosankte Stellung einige Mitglieder des Lehrkörpers beanspruchen (und einnehmen), und von welcher Arroganz diese getrieben sind, steht damit noch aus. Vielleicht erbarmt sich ja Wolfgang Burger doch noch eines Tages.

von Nick Williams

*Hubert Bär (2009): Der Heidelberger Campus-Mord.
Mannheim: Wellhöfer Verlag.*

Wir lassen uns vom Bundesvorsitzenden des RCDS
Gottfried Ludewig erklären:

**„Wer am Bildungsstreik teilnimmt,
ist einfach nur dumm.“**

Termine Termine

8.-14.06. Festival contre le racisme - www.contre-le-racisme.de

Do, 4.06. Infostand des Netzwerks Klimagerechte Hochschule zu Ökostrom, 12-14 Uhr vor der NUni // Sommerfest der Romanistik, 18 Uhr im Garten des Romanischen Seminars // KunsthistorikerInnenparty unter dem Motto: Freie Kunst für freie Bildung, 21 Uhr im Teufel

Fr, 5.06. Die Bildung streikt - Party nicht! Party am IBW, 21 Uhr, Akademiestr. 4 // Kopfsalat trifft DRAMA light: Theatersport-Session, 20 Uhr im Karlstorbahnhof

Sa, 6.06. Angela Merkel kommt nach Heidelberg und spricht zum Volk, 11 Uhr am Uniplatz // Kettcar, 21 Uhr im Karlstorbahnhof

Mo, 8.06. Vortrag: Peter Strohschneider: Die Akademie und die Idee der Einheit der Wissenschaft, 19:30 Uhr, Aula der NUni

Di, 9.06. „Kriege als Weg aus der Krise?“ Vortrag und Diskussion, 19:30 Uhr, Gewerkschaftshaus Mannheim

Mi, 10.06. Atlas-Fete, 21 Uhr im DAI

Fr, 12.06. Villa Nachttanz: Auftaktparty zum Bildungsstreik

15.-19.06. Bundesweiter Bildungsstreik jeden Tag: Frühstücksplenum 10 Uhr, Neue Uni und Zentralmensa.

Mo, 15.06. Vollversammlung INF 12:00, Altstadt 14:00.

Vortrag: Frank-Rutger Hausmann: Akademie und Totalitarismus im 20. Jahrhundert, 19:30 Uhr, Aula der NUni

Di, 16.06. Uniwahlen, 9-18 Uhr, Neue Uni und INF Zwischen Theorie und Ideologie: Die Bedeutung von Erfahrung für die psychologische Praxis, mit Prof. Dr. Morus Markard, 19 Uhr, Neue Uni

Mi, 17.06. Bildungsstreik-Demo, 11 Uhr, Uniplatz und Zentralmensa, abends Konzert

Do, 18.06. Geld- und Machteliten - Der Ansatz des Power Structure Research: Vortrag und Diskussion mit Prof. em. Dr. Krysmanski, 19 Uhr, Neue Uni // Sommerfest des Germanistischen Seminars, 21 Uhr, Karlstraße

Fr, 19.06. Bildungsstreik-Party, 20 Uhr

Mo, 29.06. Podiumsdiskussion: „Die Zukunft der Akademien“, 19:30 Uhr, Aula der Neuen Uni

IMPRESSUM...

der UNiMUT-
Zeitung an der Uni
Heidelberg

Nr. 2009/04
vom 03. Juni 2009

Redaktion:

Nina Marie
Bust-Bartels (nbb)

Christopher

Laumanns

Janina Reibold (jr)

Yannick Zundl (yz)

Auflage 3500

Unidruckerei

Wir ermutigen

ausdrücklich dazu,

LeserInnenbeiträge zu

verfassen, die uns per

eMail an [\[urz.uni-heidelberg.de\]\(mailto:urz.uni-heidelberg.de\)](mailto:unimut@</p></div><div data-bbox=)

zugeschickt

werden können.

Für namentlich ge-

kennzeichnete Beiträ-

ge ist der/die VerfasserIn

verantwortlich.

Die Redaktion behält

sich Kürzungen nach

Rücksprache und

orthographische

Dienstleistungen ohne

Rücksprache vor.

Unterstützt von der

FachSchafKtKonferenz

Albert-Überle-Str 3-5

69117 Heidelberg,

Tel. 06221-542456 /

eMail: [\[unimut@urz.uni-heidelberg.de\]\(mailto:unimut@urz.uni-heidelberg.de\)](mailto:unimut@urz.</p></div><div data-bbox=)